Nr. 364. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,— Mk., monatl. 1,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 19. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Verteilung der Kolonien.

Versailles, 18. Juli. Die Kommission, die die Verteilung der Kolonien vorzunehmen hat, hat gestern die in London begonnenen Arbeiten fortgesetzt. Es scheint nunmehr festzustehen, daß Belgien einen Teil von Deutsch-Ostafrika erhält, daß es aber dagegen einen größeren Teil der Kongokolonie, namentlich die am Tanganjyka gelegenen Teile an England abtreten muß. Die Engländer sichern sich dadurch einen direkten Weg vom Kap nach Kairo. Die Belgier sollen Teile der Kongokolonie mit drei Millionen Einwohnern abgeben und dafür von Deutsch-Ostafrika soviel erhalten, daß sieben Millionen Eingeborene ihrer Herrschaft unterstehen werden. Es hat also den Anschein, daß sich die Engländer nun endlich, wie es längst ihr Wunsch war, in den Besitz des Katangagebietes setzen werden.

Sämtliche Verhaftungen aufgehoben.

Grimmen, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Nach glaubwürdiger Nachricht sind sämtliche Verhaftungen aufgehoben.

Die finanziellen Bedingungen für Deutsch-Oesterreich.

Haag, 18. Juli. (H.R.) „Daily Telegraph" erhält Einzelheiten über die finanziellen Bedingungen, welche Oesterreich auferlegt werden. **Im großen und ganzen stimmen sie mit den Bedingungen für Deutschland überein.** Es wurde eine besondere Unterkommission für Schadenersatz gegründet. Diese Kommission wird eine allgemeine Feststellung über die Frist, innerhalb welcher Oesterreich zahlen muß, vornehmen. Der ganze Termin wird 30 Jahre dauern und am 1. Mai 1919 beginnen.

Sämtliche wirtschaftlichen Hilfsquellen Oesterreichs, wie z. B. die Handelsflotte, Rohmaterialien und alles, was für den materiellen Schadenersatz notwendig ist, muß zur Verfügung der alliierten und associierten Regierung bleiben.

Waren, die durch österreichische Truppen verschleppt worden sind und die auf österreichischem Gebiet aufgefunden werden, müssen sofort wieder abgeliefert werden, ohne daß dieser Wert in Abzug kommt.

Es werden diesen Bestimmungen 6 Beilagen hinzugefügt. In der ersten wird der Charakter der Schäden festgestellt, welche von Oesterreich wieder gutzumachen sind. In der zweiten Beilage wird festgestellt, wie die Kommission für Schadenersatz zusammengestellt wird. In der dritten Beilage wird das Prinzip des Schadenersatzes Tonne für Tonne festgelegt. **Oesterreich muß innerhalb zweier Monate seine Handelsflotte und Fischerflotte ausliefern.** In der vierten Beilage werden die Zahlungen, welche Oesterreich in natura liefern muß, behandelt. In der fünften Beilage wird die Abgabe von Rohmaterialien festgelegt und in der sechsten Beilage wird Verzicht auf Unterseekabel und Telegraphenkabel der österreichisch-ungarischen Regierung geleistet. **Diese Kabel werden Italien überwiesen.**

Man sieht, die Entente ist konsequent, dieselben brutalen Bedingungen wie Deutschland werden Deutschösterreich auferlegt.

Bevorzugte Entlassung der Schleswig-Holsteiner unter den Kriegsgefangenen.

Versailles, 18. Juli. Die französische Regierung ist durch eine deutsche Note darauf hingewiesen worden, daß nach dem Friedensvertrag den Militärpersonen der deutschen Armee, die aus der Abstimmungszone in Schleswig stammen, zwecks Teilnahme an der Abstimmung die Rückkehr an ihren Heimatsort zu ermöglichen sei. Da bereits zehn Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages die Abstimmungsfrist zu laufen beginnt, so wird eine Durchführung der obigen Bestimmungen für die Gefangenen auch Nordschleswigs in Frage kommen. Die französische Regierung wurde deshalb gebeten, die notwendigen Maßnahmen in dieser Richtung zu treffen.

Uebergriff des Grenzschutzes.

Eindringen in die Stadtverordnetensitzung.

Königsberg, 18. Juli. **Heute abend drangen Grenzschutzsoldaten in den Stadtverordnetensitzungssaal ein und holten zwei unabhängige Stadtverordnete heraus. Einer von ihnen, der Redakteur der unabhängigen „Freiheit" ist, hatte in verschiedenen Artikeln die Grenzschutz- und Reichswehrtruppen angegriffen. Die Soldaten führten die beiden Stadtverordneten auf die Estrade des Magistratssitzungssaals, wo sie in einer Erklärung die Angriffe gegen die Reichswehr und Grenzschutzsoldaten zurücknehmen mußten. Sämtliche Parteien der Stadtverordnetenversammlung protestierten auf das schärfste gegen diesen Vorgang. Die Sitzung wurde geschlossen. Die Unruhen pflanzten sich auf die Straßen fort, wo die Menge, die hauptsächlich aus Arbeitern bestand, gegen die Soldaten Stellung nahm, die sich durch einige Schreckschüsse zu wehren suchten.**

Mit keiner noch so großen Empörung läßt sich diese Gewaltat entschuldigen. Wir fordern strengste Untersuchung und Bestrafung derer, die das neue Heer durch solche Schandtaten beschmutzen.

Der Tiger verteidigt seine Beute.

Clemenceau über die „militärischen Sicherungen" in der Kammer.

Versailles, 18. Juli. Vor dem Friedensausschuß der Kammer behandelte Clemenceau gestern die Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich am linken Rheinufer und erklärte, Marschall Foch habe vorgeschlagen, Brückenköpfe am Rhein zu errichten, die von den Ententetruppen gehalten werden sollten. Das, was der Friedensvertrag vorsehe, genüge für Frankreichs Sicherheit, selbst ohne Brückenköpfe, die Frankreich schließlich selbst hätte besetzen müssen und die auch politische und militärische Schwierigkeiten nach sich gezogen haben würden. Nach seiner Ansicht gebe die vorgesehene militärische Hilfe Englands und Amerikas im Falle einer deutschen Herausforderung (!) Frankreich genügend Sicherheiten. Wenn diese Sicherheiten schon im August 1914 vorhanden gewesen wären, wäre es nach seiner Meinung nicht zum Kriege gekommen. Die Sicherheit sei so groß, daß Frankreich durch Gesetz die militärische Dienstzeit auf ein Jahr herabsetzen könne. Der Ministerpräsident erklärte sich schließlich bereit, die beiden Fochschen Briefe sowie den Text des Einspruchs, den Marschall Foch am 6. Mai in der Vollsitzung der Friedenskonferenz hinsichtlich der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben habe, dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Clemenceau **weigerte sich aber, die Protokolle der Friedenskonferenz auszuliefern.** — Die beiden letzteren Mitteilungen bringt der „Matin" im Anschluß an den amtlichen Bericht über die gestrige Sitzung, aber mit einer Zensurlücke von etwa zehn Zeilen. Clemenceau habe erklärt: **„Ich habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekommen sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung habe ich nach der Verfassung die Pflicht, Verträge abzuschließen und sie im Parlament zu vertreten. Ich habe meine Pflicht getan. Tun Sie die Ihrige."**

Wozu den Kommunisten der 21. Juli gut ist.

Geplante Ausrufung der Räterepublik in Wien.

Wien, 18. Juli. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureaus.) **Wie die Mittagspost erfährt, planen die Kommunisten am 21. Juli aus Anlaß des Generalstreiks die Ausrufung der Räterepublik in Wien. In den letzten Tagen hat die kommunistische Agitation wieder intensiv eingesetzt. Die Kommunisten versuchen für diesen Zweck, Sicherheits- und Stadtschutzwache zu einer neutralen Haltung zu bestimmen.**

Wieder ein Beweis dafür, daß es den Kommunisten herzlich wenig um Wahrheit und Gerechtigkeit zu tun ist, sondern um Ausschlachtung aller sich bietenden Gelegenheiten für ihre Parteizwecke.

Auch Rumänien!

Rumänischer Generalstreik am 21. Juli.

Bukarest, 18. Juli. (Meldung H. R.) **Die sozialdemokratische Partei Rumäniens hat beschlossen, als Solidaritätskundgebung für das Entente-Proletariat am 20. und 21. Juli in den Streik zu treten. An dieser Kundgebung werden die Eisenbahner nicht teilnehmen, da sie den militärischen Gesetzen unterstehen.**

Artikel 18 der Reichsverfassung.

Wie die „P. P. N." hören, ist die Einigung über den wichtigen Artikel 18 der Reichsverfassung, der die Trennung und Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs behandelt, dahin erfolgt, daß zu diesen Gebietsänderungen bei Volksabstimmung Dreiviertel-Mehrheit notwendig ist, im übrigen aber ein einfaches Reichsgesetz, kein verfassungänderndes Reichsgesetz. Das Wesentliche, Neue an dem Kompromiß ist die Einführung einer zweijährigen Sperrfrist, so daß eine Abtretung irgendwelcher Gebiete von Preußen erst zwei Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung eingeleitet werden kann. In den Kreisen der preußischen Regierung und der Preußischen Landesversammlung ist dieser Kompromiß-Ausweg sehr günstig aufgenommen worden.

Keine Deckung für Wilhelm II.

Versailles, 18. Juli. Die Kommission für Verantwortlichkeiten hat gestern dem Obersten Rat der Alliierten über die Briefe Bethmann Hollwegs und des Feldmarschalls Hindenburg, die die Verantwortung für die Handlungen Kaiser Wilhelms übernommen haben, berichtet. Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" wissen will, hat die Kommission beschlossen, das Verlangen der beiden Männer, für Wilhelm II. einzutreten, abzulehnen.

Liquidation der Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Wie die „P. P. N." erfahren, wird die Reichsstelle für Gemüse und Obst ihre Liquidation in der Weise vollziehen, daß sie zunächst alle Tochtergesellschaften übernimmt und dann eine einzige Liquidation durchführt. Die Liquidation soll schon in den nächsten Tagen erfolgen.

Die pommersche Junkerrevolte.

Die agrarische Presse fährt fort, den klaren Sachverhalt in der Frage des pommerschen Landarbeiterstreiks zu verdunkeln. Ein großer Teil der bürgerlichen Presse ist ihr dabei behilflich. Demgegenüber wollen wir im folgenden die Gründe, den Verlauf und das Ende der Agrarierempörung in einer Darstellung schildern, die den Wert absoluter Zuverlässigkeit besitzt und den zwingenden Beweis für die Schuld der Junker und Junkergenossen liefert.

Wir gehen aus von der Konferenz, die auf Veranlassung der Regierung im Oberpräsidium in Stettin stattgefunden hat.

Am Donnerstagnachmittag begannen dort unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten und im Beisein der Unterstaatssekretäre Grzesinski vom Kriegsministerium und Dr. Meyer vom preußischen Ministerium des Innern, sowie Vertretern des preußischen Landwirtschaftsministeriums, des Zentralrats Berlin, des Deutschen Landarbeiterverbandes, des Christlichen Landarbeiterverbandes und Vertretern der Arbeiterschaft und Bürgerschaft Stettins, Stralsunds und anderer Städte in Vorpommern sowie Vertretern des Generalkommandos des 2. Armeekorps und des Pommerschen Landbundes Verhandlungen wegen der Verhängung des Belagerungszustandes über Teile Vorpommerns und den Erlaß einer Verordnung betreffend den Arbeitszwang gegen die Landarbeiterschaft. Bei den eingehend geführten Verhandlungen ergab sich, daß ein Grund zur Verhängung des Belagerungszustandes in Vorpommern nicht vorlag.

Die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeiter hatten seit Monaten den Abschluß eines Tarifvertrages für die vorpommerschen Kreise bei den Arbeitgebern angestrebt. Das Zustandekommen von Tarifvereinbarungen war jedoch durch den Pommerschen Landbund bisher vereitelt worden, der in seinen Versammlungen offen erklärt hatte, daß er mit den Landarbeiterorganisationen keine Tarifverträge abschließen werde. Schließlich war es Anfang Juli auf das Drängen der Arbeiter doch zu Verhandlungen gekommen, die anscheinend zu einem guten Ende führen sollten. Im letzten Moment brachen die Vertreter des Pommerschen Landbundes die Verhandlungen ab unter dem Vorwand, erst die Zustimmung ihrer Auftraggeber einholen zu müssen. Diese offensichtliche Verzögerung des Tarifabschlusses hatte zur Folge, daß auf einigen Gütern im Kreise Franzburg die Arbeit eingestellt wurde. Diese willkommene Gelegenheit benutzten die im Pommerschen Landbund organisierten Besitzer im Regierungsbezirk Stralsund und bombardierten den stellvertretenden Regierungspräsidenten in Stralsund sowie das Generalkommando des 2. Armeekorps in Stettin am Freitag und Sonnabend mit Telegrammen, in denen vom Generalstreik der Landarbeiter, von Bedrohungen der Besitzer und Arbeitswilligen und blutrünstigen Dingen die Rede war. Schließlich verstand sich der stellvertretende Regierungspräsident von Stralsund auf das Drängen dieser Kreise dazu, vom Generalkommando die Verhängung des Belagerungszustandes für den ganzen Regierungsbezirk zu verlangen. Das Generalkommando kam diesem Verlangen nach und erließ außerdem eine Verordnung betreffend den Arbeitszwang gegen die Landarbeiter, das Verbot von Versammlungen und das Verbot des Aufenthalts ortsfremder Personen in den Orten des Regierungsbezirks.

Alles dies geschah ohne Verständigung und ohne Vorwissen des Oberpräsidenten, obwohl Beamte des Oberpräsidiums in der Angelegenheit mitgewirkt hatten. Die Folge dieser Maßnahmen war dann der Generalstreik in Stettin, Stralsund — in anderen Städten Vorpommerns stand er unmittelbar bevor —, und Bürgerstreik gegen den Generalstreik in Stettin und Stralsund. Es wurde bei den Verhandlungen einwandfrei festgestellt, daß die Verhängung dieser ungesetzlichen Maßnahmen durch das Generalkommando bereits am Sonnabendnachmittag erfolgte, und daß merkwürdigerweise sofort die umfangreichen Verordnungen auf großen Plakaten gedruckt in allen Städten Vorpommerns angeschlagen werden konnten, obwohl die ersten Telegramme, die ein Eingreifen verlangten, erst am Tage zuvor und im Laufe des Sonnabends eingegangen waren. Diese verdächtige Eile, mit der die ganze Angelegenheit im Generalkommando betrieben wurde, läßt die merkwürdigsten Schlüsse auf die vorher schon bestehende Ver-

bindung zwischen dem Generalkommando und den Treibern dieses Junkerputsches im Pommerschen Landbund zu.

Die Versammlung gewann am Schlusse der sieben Stunden dauernden Verhandlungen die Auffassung, daß ein Grund zur Verhängung des Belagerungszustandes und der Arbeitszwangsverordnung nicht bestand. Die beiden mit Vollmachten versehenen Unterstaatssekretäre erklärten denn auch zum Schluß, daß der Belagerungszustand in der Provinz Pommern einschließlich der Stadt Stettin nicht aufrechterhalten werden könne, und hoben den Belagerungszustand auf. Hierdurch entfallen auch die Maßnahmen, die auf Grund der ergangenen Verordnung gegen die Landarbeiter ergriffen sind, insbesondere etwaige Verhaftungen. Es wird auch darauf hingewirkt, daß Verurteilungen auf Grund des bestätigten Belagerungszustandes (Stettin) wegen politischer Vergehen im Hinblick auf den Erlaß eines Strafverfahrens nachgeprüft werden.

Gleichzeitig ist im Einverständnis mit den Vertretern des Generalkommandos die Zusicherung gegeben worden, daß **in Zukunft Maßnahmen von der Bedeutung der Verhängung des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung der Zivilbehörden und im Benehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffen werden.**

Die Vertreter der Arbeiterschaft haben die sofortige Aufhebung des Generalstreiks zugesagt. Es wurde auch von ihnen anerkannt, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen, an die beide Parteien gebunden sind, jeder Tarifbruch zu verwerfen ist, und daß namentlich ein Tarifbruch während der Ernte ein Vergehen gegen die Gesamtheit ist. Zwecks Ueberwachung der Einhaltung der Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten werden unverzüglich Schlichtungsausschüsse auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 eingerichtet werden, soweit es noch nicht geschehen ist. Den Landräten ist aufgegeben, über das dieserhalb Veranlaßte spätestens bis 10. August 1919 zu berichten. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind schon bei den Vorbereitungen zu beteiligen. Der Bürgerstreik ist als beendet erklärt worden.

Die anwesenden Arbeitgeber aus dem Pommerschen Landbund, insbesondere auch der Direktor des letzteren, Herr v. Dewitz, erklärten, daß sie niemals gegen den Abschluß von Tarifverträgen sich erklärt hätten, und daß sie mit Entschiedenheit die Einhaltung der Verträge fordern. Maßregelungen sollen nicht mehr stattfinden.

Damit ist eine Bewegung beseitigt, die von der agrarischen Presse geflissentlich den Landarbeitern, insbesondere dem Deutschen Landarbeiterverband in die Schuhe geschoben wurde, die aber in Wirklichkeit einen etwas vorzeitig und recht täppisch unternommenen Versuch der pommerschen Landjunker darstellt, sich mit Hilfe williger Militärs der Landarbeiterorganisation zu entledigen und die frühere unheilvolle Gewaltpolitik der Agrarier im vollen Umfange wieder aufzurichten.

Weitergreifen des Araberaufstandes.

Kämpfe um Tanger.

Amsterdam, 18. Juli. Der „Times" wird aus Tanger gemeldet, daß spanische Verstärkungen und inländische Truppen in aller Eile von Larrasch, Alkazar und Arzeila nach der Grenze des Distrikts Wadras südlich von Tanger geschickt wurden, **wo sehr heftig gekämpft wird.** Dem Aufruf Raisulis an die eingeborenen Stämme, zu den Waffen zu greifen, wird überall Folge geleistet. Raisulis verfügt über ansehnliche **gut ausgebildete und bewaffnete Truppen.**

Italiens Beute.

Haag, 18. Juli. Aus Paris wird gemeldet, daß die italienischen Ansprüche auf die österreichischen Rechte in Tientsin **guten Erfolg** gehabt haben. Das österreichische Abkommen ist in seinen Einzelheiten noch in der Schwebe, es wird versucht, heute eine Entscheidung über die politischen Bestimmungen zu treffen.

Der Kampf um den Friedensvertrag in Amerika.

Wilson klärt auf.

Amsterdam, 18. Juli. P. R. meldet aus Washington, Wilson wird heute die republikanischen Senatoren einzeln empfangen und den Gegnern des Völkerbundes über alle Phasen der Friedenskonferenz Aufklärung erteilen. — Der New Yorker Korrespondent der „Daily News" meldet seinem Blatte, daß man in dortigen gut unterrichteten Kreisen der Ansicht ist, daß der Friedensvertrag vom amerikanischen Senat schwerlich vor Ende August ratifiziert werden wird.

Mehrheit für Ablehnung?

Rotterdam, 18. Juli. (T. U.) Die „Morningpost" meldet aus Washington, daß die Opposition im amerikanischen Senat eine Bedingungsnote zur Ratifizierung des Friedensvertrages einbrachte, die 51 Senatoren zählt, das heißt, drei mehr als für die Mehrheit erforderlich sind. Die Republikaner werden folgende Abänderungen beantragen: 1. Ausdrückliche Berücksichtigung der Monroe-Lehre. 2. Vorbehalt einer vollständigen Kontrolle über die innere amerikanische Politik z. B. die Emigration. 3. Klarstellung der amerikanischen Verpflichtungen unter Artikel 10 des Friedensvertrages. 4. Vorbehalt des Austrittes aus dem Völkerbund nach 2 Jahren. Mehrere Senatoren verlangen die Aufnahme einer Klausel gegen die Regelung der Schantungfrage, doch ist hierfür keine genügende Mehrheit vorhanden.

Immer noch Rotscheu.

Dinge, die nicht vorkommen dürften.

Daß die rote Fahne, das Symbol des Sozialismus, im alten Deutschland streng verpönt war und auf die Behörden und Sozialistenfresser wirkte wie das bekannte rote Tuch auf den Stier, war nicht weiter verwunderlich. Leider ist das aber auch im neuen Deutschland teilweise noch nicht anders geworden, wie folgender Fall — nur einer von vielen — beweist, der uns aus Hamburg berichtet wird: Ein Trupp junger Leute, Mitglieder des Arbeiterjugendbundes, zog des Abends von der Spielwiese nach Hause. Sie trugen eine rote Spielfahne, wie sie allgemein beim Spielen zum Abschwenken benutzt wird, und sangen unser altes Kampflied: Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet. Das fiel den Angehörigen der in Bahrenfeld liegenden Reichswehr so auf die Nerven, daß sie sich berufen fühlte, den „roten Lappen" herunterzureißen und die gefährdete „Ordnung" zu schützen. Nachdem die Jugendlichen den Soldaten klar gemacht hatten, daß es sich um keine Fahne, sondern um einen Fetzen handelt, der beim Spielen gebraucht wird, bekamen sie ihr Eigentum zurück, wobei einer der Soldaten bemerkte, „er könne nicht zugeben, daß man mit der roten Fahne marschiere und solche Lieder singe".

Dieser Vorfall reiht sich würdig einem anderen an, der aus Sachsen berichtet wird. Der Leipziger Arbeiterturnverein veranstaltete ein Kinderkreisturnfest und hatte dabei einen Umzug vorgesehen. Dieser Umzug wurde zunächst verboten, auf die Beschwerde hin aber vom sächsischen Ministerium genehmigt, jedoch unter der Bedingung, daß im Festzuge keine roten Fahnen mitgeführt werden dürfen.

Wann werden solche „Uebergriffe" — gelinde gesagt — endlich unterbleiben?

Der Belagerungszustand in Breslau und Oppeln.

Aus der Preußischen Landesversammlung wurde folgendes dringende Telegramm abgesandt:

An den Reichswehrminister Noske, Weimar.

Alle schlesischen sozialdemokratischen Abgeordneten der Preußischen Landesversammlung ersuchen dringend um sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in den Bezirken Breslau und Oppeln, da die Voraussetzungen für dessen Verhängung gefallen sind.

Gleichlautende Telegramme wurden an den Reichs- und Staatskommissar Hersing sowie an den Zentralrat für die Provinz Schlesien gesandt.

Neue Streiks in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. Juli. Die Teilstreiks in Oberschlesien sind gestern wieder aufgelebt. Die Belegschaften der Matildegrube und der Brandenburggrube sind, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, in den Ausstand getreten, die ersteren mit 1400 Mann, die letzteren nahezu gänzlich, jedoch ist hier die Arbeit heute wieder aufgenommen worden.

Die Tötung des französischen Sergeanten.

Unsere Antwort an Foch.

Berlin, 18. Juli. Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Marschalls Foch wegen der Tötung des Sergeanten Manheim ist bereits abgegangen. In dieser Antwort wird darauf hingewiesen, daß einem Teile der französischerseits aufgestellten Forderungen, insbesondere der Forderung wegen Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen die Täter, wegen der Entschuldigung und wegen der Uebernahme der Kosten der Beerdigung, bereits vor Eingang der französischen Note Genüge geschehen ist. Die für die Familie des Getöteten beanspruchte Entschädigung ist, obwohl eine Rechtsverpflichtung nicht besteht, aus Entgegenkommen zugestanden worden. Dagegen lehnt die deutsche Regierung die verlangte Bestrafung der Stadt Berlin mit einer **Buße von einer Million Franken als völkerrechtlich unbegründet ab.** Für den Fall, daß sich die französische Regierung hierin dem deutschen Rechtsstandpunkt nicht anschließt, wird jedoch angeboten, diese Frage einem gemischten Schiedsgericht zu unterbreiten.

Volksparteiliche Außenpolitik.

Weimar, 18. Juli (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts").

Die Frivolität der von den Rechtsparteien immer noch betätigten Politik trat heute wieder einmal in der Nationalversammlung durch eine Anfrage des deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Dr. Mittelmann sinnfällig in die Erscheinung. Die Anfrage behandelt den beklagenswerten Fall des getöteten französischen Sergeanten Manheim, der, wie bekannt, bereits zu recht ernsten Auseinandersetzungen mit der französischen Regierung geführt hat. Die Anfrage der Deutschen Volkspartei nahm einfach die ersten Darstellungen des Vorfalls in der Presse, insbesondere die angebliche Aeußerung der französischen Soldaten „wir sind Sieger, Ihr seid Schweine", als erwiesen an, obwohl es feststeht, daß die Untersuchung bisher kein klares Bild der Begebenheiten gezeigt hat. Die Anfrage nannte weiter das tötliche Vorgehen der Menge gegen den französischen Soldaten erfreulich, ein bei der augenblicklichen Sachlage recht vorschnelles Urteil. Jedenfalls war der Wortlaut der Anfrage geeignet, der Regierung in der jetzt äußerst doppelt heiklen äußeren politischen Lage Schwierigkeiten zu bereiten. Die Regierung ließ denn auch erklären, daß sie die Anfrage nicht beantworten könne, da die Untersuchung in der Affäre noch nicht abgeschlossen sei.

Flüchtlingsfürsorge.

Berlin, 18. Juli. Der Staatskommissar für die Kriegswohlfahrtspflege in Preußen hat dem Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzverbände in Berlin W 57, Potsdamer Str. 75, die Erlaubnis erteilt, **Sammlungen aller Art für die Flüchtlinge** aus den besetzten und abzutretenden Gebieten zu veranstalten, um eine Hilfsaktion größten Stils zu ermöglichen. Die Fürsorge wird sich auf die Flüchtlinge aus den Ostprovinzen, aus den westdeutschen Provinzen, aus Schleswig und aus Elsaß-Lothringen erstrecken. In erster Linie liegt die Flüchtlingsfürsorge naturgemäß dem Staate und dem Reiche ob. Die Not der Hunderttausende von Flüchtlingen ist aber so groß und erfordert so schnelle und vielseitige Hilfe, daß die private Unterstützung gar nicht zu entbehren ist. Der demnächst erscheinende Aufruf um Geldspenden für die Flüchtlingsfürsorge wird hoffentlich im ganzen Reiche willige Herzen und offene Hände finden.

Das große Fest.

Von Gottfried Keller.

Schnee und Regen floß hernieder
Auf novemberbraunen Bergen,
Trostlos rangen alle Wipfel
Mit den schweren grauen Wolken.

Von den Büschen troff es klagend,
Jeder Dorn war eine Traufe,
Die hinab von Dorn zu Dornen
Unaufhörlich floß und weinte.

Aus den dunklen Forsten wankte
Irren Schritt's ein Weib hervor,
Zart gebaut in dünnem Kleide,
Aber fruchtbeschwerten Leibes.

Zitternd und mit nassen Fingern
Las sie nasses Laub und Reisig;
Mühsam sich zur Erde bückend,
Raffte sie ein zaghaft Büschel.

Und der Brombeer wirre Schlingen
Hingen sich an ihre Füße,
Daß sie strauchelt, und das Weinen
Hing an ihren Augenwimpern.

Kam ein zweites Weib gegangen,
Groß und stark und guter Hoffnung;
Schwere Hölzer auf dem Haupte,
Schritt sie aufrecht her und trotzig.

Und sie rief mit lautem Lachen:
Ei, Gevatt'rin! wie zu sehen,
Sind wir beide gleich gesegnet?
Nun wahrhaftig muß ich lachen!

Doch die andre fing urplötzlich
Bitterlich laut an zu weinen,
Und die regenschwere Schürze
Drückt' sie schluchzend an die Augen.

„Wieder soll ich nun gebären!"
Sprach sie, kummerschwer sich sassend,
„Und ich habe nicht, wovon ich
Mir ein warmes Süppchen koche!

„Meinen Gatten und Ernährer
Hab' ich traurig jüngst verloren!
Als er einen Stamm geschlagen,
Der ihn fallend wieder schlug.

„Und ich weiß nicht, wie das endet;
Leben soll zu Leben kommen,
Und das drängt sich und das mehrt sich,
Und das Herz ist krank zum Tode!

„Wie ein Tier auf wilder Heide
Schein' ich mir, das ohne Gott,
Ohne Gott und ohne Sterne
Hungernd irrt und sich vermehrt."

„Hei, was ficht dich an, du Blöde?"
Rief die andre, heller lachend;
„Lustig bau'n wir unsre Wölbung
In das weite Reich hinaus!

„Fäuste geb' ich meinen Kindern
Und gesunde weiße Zähne!
Sieh, das jüngste hat mir neulich
Hier den Ohrlapp durchgebissen!

„Meinen Mann hab' ich vertrieben,
Weil er faul war und den Kindern
Alles Brot, das ich erworben,
Vor den Mäulern wegstibitzte!"

„Du bist stark und du bist frech!"
Sagte wiederum die andre;
„Ich bin zag und das Gewissen
Liegt mir leider in der Art!"

Also standen beide Weiber
Hohen Leib's sich gegenüber,
Und je lauter jene lachte,
Desto traur'ger wurde diese.

Und es kam der Nordlandswind
Mächtig rauschend über die Berge,
Und die Tränen der Bedrängten
Trocknete sein scharfes Wehen.

In der Höhe schwamm im Blauen
Einesmals die Spätherbstsonne,
Daß in hellem Golde flammten
Wie ein Morgenrot die Wälder.

In der Tiefe trieben wogend
Aufgejagt die zerrissenen Nebel,
Vor dem wehenden Riesenhauche
Stürmten sie verscheucht davon.

Doch ein prächtiges Festgeläute
Ueberklang das mächt'ge Rauschen,
Und im Glanze der blitzenden Sonne
Lag im Tal eine strahlende Stadt.

Lang hinwallende Bürgerzüge
Sah man schimmernd sich drin bewegen,
Ihnen wehte die fliegende Seide
Reich gebildeter Banner voran.

Herrlich wogte der Wind aus Norden,
Und die Glocken erschollen mit Macht;
Da ertönten auch starke Posaunen,
Helle Trompeten mit schwellender Pracht.

Und die singende Menschenstimme
Deutlich man dazwischen vernahm,
Seltsam, neu und herzerschütternd
Wie der seliggewordene Gram.

„Freude, schöner Götterfunken!"
Hallte herüber der klingende Sturm,
War kein Kirchenlied und kein Kriegslied,
Doch die Glocken schallten vom Turm.

Horchend standen die armen Frauen,
Und die Lacherin wurde still.
Und sie sprach: „Wer doch nur wüßte,
Was das alles bedeuten will?"

„Einer rief, den zu Tale laufen
Ich mit hastigen Schritten sah,
Daß die schönere und die größere,
Ja, die bessere Zeit sei nah!

„Aber komm, du zage Klagende,
Was es immer bedeuten mag,
Feiern wir in meiner Hütte
Diesen unbekannten Tag!

„Bringe die weinenden, deine Kleinen
Zu den meinigen schnell zur Stell';
Wir entfachen ein lustiges Feuer,
Schaffen die Welt uns warm und hell!

Neuen Most hab' ich im Hause,
Nüsse für die junge Brut;
Und beim frohen Mütterschmause
Fassen wir einen guten Mut!"

So genossen sie unwissend
Jenes Tages Silberblick;
Mit am warmen Feuer ruhte
Still ein künftiges Geschick.

Seine unsichtbaren Hüter
Lehnten am Standartenschaft
In den gold'nen Wappenröcken:
Das Gewissen und die Kraft.

Die Versammlungen der S. P. D. am 21. Juli finden nachmittags 5 Uhr in folgenden Lokalen statt:

Patzenhofer, früher Bockbrauerei, Chausseestr. 63; „Schwarzer Adler", Frankfurter Allee 99-100; Union Festsäle, Greifswalder Str. 221; Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21; Gewerkschaftshaus, Engelufer 14-15; Kliems Festsäle, Hasenheide 14-15; Prachtsäle des Westens, Spichernstr. 3; Patzenhofer, Turmstraße, Ecke Stromstraße; Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Arbeiter, Parteigenossen! Erscheint in Massen!

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin.

Die Antwort!

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie im Vollzugsrat und die der Arbeiterräte veröffentlichen in der „Freiheit" einen fast die ganze erste Seite umfassenden Aufruf an die werktätige Bevölkerung Berlins, in dem sie ihrer Enttäuschung Luft machen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vollzugsrats und des Arbeiterrats endlich die notwendige Folgerung aus den fortgesetzten Verdächtigungen, Beschimpfungen und Anpöbeleien und aus dem Umstande gezogen haben, daß die Institution der Groß-Berliner Arbeiterräte jede Gewähr für eine segensreiche Tätigkeit im sozialistischen Sinne verloren hat.

Man merkt dem Aufruf an, wie bitter es jenen Herrschaften ist, daß die Sozialdemokraten sich nicht willig vor den Karren ihrer verworrenen Sonderinteressen spannen lassen. Der Aufruf zeigt uns klarer, als das bisher in den Vollversammlungen zum Ausdruck kam, daß der Schritt der Trennung im Interesse der Sozialdemokratie und der ruhigen Fortentwicklung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens unbedingt notwendig war.

Es ist eine elende Heuchelei, wenn da gesagt wird, daß „die letzte revolutionäre Errungenschaft", die den Arbeitern verblieb, die Institution der Arbeiterräte sei. Die Unabhängigen wissen ganz genau, daß die Revolution uns in kurzer Zeit viel mehr an politischen und wirtschaftlichen Vorteilen geschaffen hat, als wir am Vorabend der Revolution in Jahrzehnten zu erreichen hofften. Und nun soll alles das keine Bedeutung mehr haben.

Was bedeutet das Verschwinden der Kaiser, Könige, Herzöge, Fürsten und eines Heerwurms höfischen Parasitentums? Was bedeutet die Deutsche Republik? Was bedeuten all die Errungenschaften der Revolution, durch welche das Proletariat ohne Unterschied des Geschlechts in Kommune, Staat und Reich aus den Trümmern des alten Preußen-Deutschland dem Sozialismus freie Bahn schaffen kann. Alles das bedeutet nichts. Einzig und allein der Vollzugsrat und die Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte, in welcher Däumig-Gott und Richard Müller sein Prophet, in welcher die Neumann und Malzahn das revolutionäre Proletariat in Reinkultur personifizieren, sind die letzten Reste revolutionärer Errungenschaften einer politischen Umwälzung, welche mit zu den größten der Weltgeschichte gehört.

Armes deutsches Volk, es wäre traurig, wenn dem so wäre.

Wie war es denn?

Die dem militärischen Zusammenbruch des alten Preußentums auf dem Fuße folgende politische Umwälzung stellte die deutsche Sozialdemokratie vor die Lösung schwerster Aufgaben.

Der Gang der Geschicke des von sozialdemokratischen Männern geleiteten Deutschland sollte damals nur über die Leiche eines vom politischen Größenwahn befallenen Dilletanten gehen.

Vier Wochen später, die „Freiheit" bezeichnete damals die Müller, Däumig, Ledebour als Demagogen und Parteizerstörer, sind dieselben Leute, über deren Leiche nur sich eine demokratische Volksvertretung aufbauen sollte, dabei, mit den geriebensten Mitteln politischer Intriganten sich in dieselbe hineinzuschmuggeln.

Mit überwältigender Mehrheit hatte das deutsche Volk einer alten sozialdemokratischen Grundsätzen entsprechenden Politik seine Stimme gegeben.

Es kam anders. Und wer ist daran schuld an dem traurigen Zustand, daß wir heute keine rein sozialdemokratische Regierung besitzen? Wer ist schuld, daß heute unsere Genossen in der Regierung mit Vertretern bürgerlicher Weltanschauung sich in die Regierung teilen müssen?

Ihr alten Kollegen und Genossen, die Ihr Euch heute noch unabhängig nennt, mit denen wir jahrzehntelang Schulter an Schulter gekämpft, in Zeiten, in denen wir stolz darauf waren, von Betrieb zu Betrieb gehetzt zu werden, wo uns der Stuhl regelmäßig vor die Tür, aber nicht wie heute ins Zimmer der Direktoren gesetzt wurde. Antwortet uns, wer ist schuld daran? Antwortet!

Ein Vergnügen ist es, im Kampf der Meinungen mit Gegnern mit unverfälschten klaren politischen Bekenntnissen die Klinge kreuzen zu dürfen, aber mit Leuten, welche weder Fisch noch Fleisch, weder Sozialdemokraten, noch Kommunisten sind, sich herumschlagen zu müssen, erfüllt uns mit Ekel und Verachtung.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzliche Gegner der Rätewirtschaft im politischen Sinne. Wir, die wir Verräter genannt werden halten fest an den Forderungen des Erfurter Programms, nachdem die politische Demokratie die unerläßliche Voraussetzung für den Sozialismus ist. Was soll das heuchlerische Geheule, daß die sozialdemokratischen Vollzugsratsmitglieder und Arbeiterräte Verrat an der alleinseligmachenden Form der Revolutionsherrschaft geübt hätten. Niemals durften die Unabhängigen sich unklar sein darüber, daß wir ihrem Rätegedanken absolut fern stehen, daß von uns die Idee der politischen Demokratie unverrückbar festgehalten wird. Wir wollen keine russischen Zustände. Wir wollen nicht, daß unfähiges Maulaufreißertum und schwankende Radaurevolutionäre Deutschland in das gleiche Unglück stürzen, in dem das russische Volk die besten Teile seiner Kraft hat untergehen sehen.

Die Arbeiterschaft weiß, daß wir für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und für die Sicherstellung der für die Arbeiterschaft errungenen wirtschaftlichen Garantien den Arbeiterräten die Mitbeteiligung an der Regelung der Produktion sichern wollen.

An unsere Genossen in den Betrieben richten wir die dringende Mahnung, von nun ab mit vervielfachtem Eifer für die Arbeiterräte im sozialdemokratischen Sinne zu wirken. Die nächsten Wochen müssen für uns Tage angestrengtester Arbeit und Organisationstätigkeit sein.

Wir haben den notwendigen Trennungsstrich gezogen, der uns von denen freimachen soll, die durch ihre wüsten Treibereien und durch die Anwendung aller terroristischen Mittel jede Möglichkeit für nutzbringende Arbeit sabotiert haben. Nun wollen wir durch engsten Zusammenschluß und höchste Kraftentfaltung zeigen, daß wir die besten Interessen der Arbeiterklasse zu schützen wissen.

Die politische Demokratie ist errungen. Jetzt wollen wir die wirtschaftliche Demokratie, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe, herbeiführen. Das sind die Demokratien, von denen aus wir die Umgestaltung der Warenproduktion in sozialistischer Richtung in Angriff nehmen wollen.

Heraus aus Eurer Lethargie, streift die Gleichgültigkeit ab! Der Weg ist frei für wahrhaft sozialdemokratische Zukunftsarbeit. Nun ans Werk:

Für die Gleichberechtigung der Arbeiter in den Betrieben!
Für das wirtschaftliche Rätesystem!
Für den Sozialismus!
Für die Demokratie!

Die Mitglieder des Vollzugsrates und der Vorstand der Fraktion der Arbeiterräte. (S. P. D.)

Beschimpfung republikanischer Offiziere.

Der Höhepunkt konservativer Frechheit.

Nicht zufrieden, daß sie in der jetzigen Armee überhaupt geduldet werden, besitzen monarchistisch gesinnte Offiziere noch die Frechheit, ihre republikanisch gesinnten Kameraden in der unerhörtesten Weise zu beschimpfen und als Gesinnungslumpen und ähnliches zu verdächtigen. Der famose Herr von Jena beehrt uns mit einem weiteren längeren Schreiben, dessen wörtlicher Abdruck sich erübrigt, da es im wesentlichen nur eine Bestätigung der Gedankengänge seines ersten Schreibens gibt. Herr von Jena betont u. a., daß das Offizierskorps sich früher nie mit Politik befaßt habe, und bei dieser Erkenntnis hätte er bleiben sollen, dann wäre es ihm sicherlich nicht passiert, in einem Schreiben an uns die Herren Ledebour und Erzberger als unsere Parteigenossen zu bezeichnen! Wer so wenig Ahnung von politischen Dingen hat, der sollte wirklich seine Finger davonlassen. Aber Herr von Jena besitzt auch die ungeheuere Dreistigkeit zu behaupten, daß republikanische Offiziere in der Reichswehr nichts zu suchen hätten, denn er schreibt:

„Daß ich dem „Vorwärts" in der Reichswehr verflucht unbequem bin, das habe ich mir ohne weiteres denken können. Dort haben nach seiner Ansicht Männer mit einer ehrlich ausgesprochenen Ueberzeugung nichts zu suchen. Aber Gottlob ist der Kern der neugebildeten Reichswehr noch zu gesund, als daß man in ihr nur Jammerlappen duldet, die uns Ehrerbietung vor dem „Vorwärts" mit Jubel verkünden: „Wir sind Republikaner und pfeifen auf unseren ehemaligen König, dem wir die Treue geschworen hatten!" Solche Vertreter sind meinen Gesinnungsgenossen und Gottlob unseren meisten Soldaten zuwider".

Herr von Jena glaubt also diejenigen Offiziere, die der Republik aus innerer Ueberzeugung dienen, als Jammerlappen beschimpfen zu können. Jammerlappen sind unseres Erachtens nur Herr von Jena selber und seine engeren Gesinnungsgenossen, die sich trotz ihrer ausgesprochen antirepublikanischen Gesinnung nicht entblöden, von der Republik Lohn und Gehalt einzustecken und der Republik durch Unterschrift eine Treue geheuchelt haben, die sie in ihrer Gesinnung nicht empfinden. Das ist allerdings Gesinnungslumperei.

Die Ziele des Republikanischen Führerbundes.

B. S. Am gestrigen Freitagabend fand im Lehrer-Vereinshause eine Versammlung des Republikanischen Führerbundes statt, die stark besucht war. Redakteur Kuttner wendete sich in längeren Ausführungen gegen die Angriffe, die gegen den kürzlich gegründeten Bund gemacht worden sind. Im Verlauf der Ausführungen wandte sich der Redner sehr stark gegen die Reichswehr, in der monarchistische Tendenzen vorherrschten, während man versuche, ehrliche republikanische Elemente herauszuekeln. Das von Colin Roß geleitete Organ „Die Reichswehr" werde bekämpft und solle durch rechtsstehende Organe ersetzt werden. In der Brigade Oven machten sich dieselben Tendenzen bemerkbar. Dort sei eine Versammlung der Unteroffiziere und Offiziere zusammenberufen worden, in welcher der Republikanische Führerbund dem Roten Soldatenbund gleichgestellt worden sei. Kuttner wandte sich dann gegen die beiden Offiziersverbände und hob hervor, daß in der Armee auf eigene Faust nicht Politik getrieben werden dürfe. Die Krise in Pommern sei durch das Eingreifen des 2. Armeekorps verschärft worden; ebenso sei von diesem Truppenverbande in Schiewelbein durch Entsendung von Mannschaften ein Streik unterdrückt worden, ohne daß die zuständigen Behörden von diesem Vorhaben in Kenntnis gesetzt worden waren. Ebenso habe das 2. A.K.K. dort eine Mobilmachung angeordnet und erst dadurch, daß er, Kuttner, den Reichswehrminister davon verständigt habe, sei eine Zurücknahme dieser Anordnung erfolgt. Es sei falsch, wenn behauptet werde, daß der Republikanische Führerbund die Disziplin untergraben wolle. Im Gegenteil, an der Disziplin und am Führerverhältnis soll durchaus nichts geändert werden. Der Bund gibt keine Gesinnungsschnüffelei zu und Offiziere und Unteroffiziere, die nicht auf ehrlich republikanischem Boden stehen, sollten draußen bleiben. Zu dem Erlaß des Reichswehrministers, welcher die Politik aus der Armee verbannen will, sei zu bemerken, daß der Republikanische Führerbund keine Parteipolitik treibt, sondern sich lediglich auf republikanischem Boden bewegt. Genau so wären in der Monarchie die kaisertreuen Kriegervereine nicht als politische Vereine angesehen worden. Kuttner hofft, daß die Gründung des Republikanischen Führerbundes dazu beitragen werde, daß sich das Verhältnis zwischen Reichswehr und Bevölkerung bessere. — Im Anschluß an die Ausführungen Kuttners fand eine rege Aussprache statt, in der sich ergab, daß diejenigen Versammlungsteilnehmer, die sich auf einen anderen politischen Standpunkt stellen, in der verschwindenden Minderheit waren.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Versammlung auf den Boden der Richtlinien des Republikanischen Führerbundes stellt. Bemerkt sei, daß ein Vertreter des Reichswehrministeriums der Versammlung beiwohnte.

Preußische Landesversammlung.

(Schluß aus der Beilage.)

Abendsitzung.

Die Aussprache über den Haushalt des Ministeriums des Innern wird gegen ¾8 Uhr wieder aufgenommen.

Unterstaatssekretär Maier:

Davon, daß die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Kontrollorgane des Ministers sind, ist keine Rede. Sie haben lediglich die Aufgabe, die Verbindung der Parteien mit dem Ministerium herzustellen, wenn der Minister einer anderen Partei angehört. Auf Wunsch des Ministers teile ich dem Hause über die Tätigkeit der Staatskommissare in Stettin, von wo ich erst heute nachmittag zurückgekehrt bin, mit, daß der

Landarbeiterstreik in Pommern bereits vielfach zurückgegangen

ist und hoffentlich bald völlig beendet sein wird, nachdem jetzt überall Tarifverträge abgeschlossen worden sind. Diese müssen unbedingt von beiden Teilen gehalten werden, und jede Unterbrechung der Ernte durch Streiks ist ein Vergehen gegen die Gesamtheit der Bevölkerung. Von der Verhängung des Belagerungszustandes über den Regierungsbezirk Stralsund und einige Teile des Regierungsbezirks Stettin ist der Oberpräsident

durch ein Versehen erst nach der Verhängung unterrichtet

worden. (Hört, hört!) Gegenwärtig liegt ein Anlaß zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes nicht mehr vor und demgemäß ist er aufgehoben worden. (Beifall.) Auch die in einigen Orten ausgebrochenen Generalstreiks und Bürgerstreiks sind erledigt, beide haben bereits aufgehört. Alle Umstände berechtigen jetzt zu der Hoffnung, daß die Ruhe auch ohne Belagerungszustand aufrechterhalten werden kann. (Beifall.)

Abg. **Richter-Neumünster** (Soz.): Die Herren der alten Richtung werden sich endlich daran gewöhnen müssen, daß auch Arbeitersekretäre zu Oberpräsidenten ernannt werden und nicht lediglich die juristische Vorbildung gilt. Wenn die Unabhängigen uns „Sozialsozialisten" nennen, so gebe ich ihnen dieses Kompliment zurück, indem ich sie als

„Radausozialisten"

bezeichne.

Minister des Innern **Heinz**: Bei der Besetzung der Aemter soll nach meiner Ansicht nicht die Gesinnungstüchtigkeit, sondern die Tüchtigkeit des Könnens entscheiden. Die Arbeiterräte waren gedacht als Vermittler zwischen Beamten und der Bevölkerung, woran es unter der alten Herrschaft gefehlt hat. Nachdem demokratische Selbstverwaltungsorgane geschaffen sind, steht diesen selbst das Kontrollrecht zu. Der Minister beschäftigt sich hierauf eingehend mit der gestrigen Rede des Abg. Leid, wobei er fortgesetzt von den Unabhängigen unterbrochen wird. Wiederholt entsteht großer Lärm, so daß der Präsident unaufhörlich die Glocke schwingen muß. Herr Leid hat über Spitzeltum und Denunziantenunwesen geklagt. Derselbe Herr Leid aber ist als Denunziant der Deutschen Regierung aufgetreten, als er dieser vorwarf, sie begünstige die Bildung von Bürgerwehren, um auf diese Weise die Friedensbedingungen zu umgehen. (Großer Lärm bei den Unabhängigen. Abg. Adolf Hoffmann unterbricht den Minister immerzu durch Zurufe.) Das ist das Unglück der alten Regierung gewesen, daß sie sich gerade Leute wie Adolf Hoffmann herangezüchtet hat. (Beifall bei der Mehrheit.) Der Minister legt sodann dar, wie Eichhorn am letzten Tage seiner Polizeipräsidentenschaft vom Minister Hirsch noch

25 000 M. Vorschuß für politische Zwecke

gefordert habe. Das Geld ist aber nicht ausgezahlt worden. (Große Heiterkeit.) Der Minister legt eine photographische Nachbildung der Quittung auf den Stenographentisch nieder, bemerkt aber, daß er das Original selbst nicht gern aus der Hand geben möchte. Ich freue mich, so sagte der Minister, der rechtzeitigen Verhaftungen, die viel Blutvergießen erspart haben. Glücklicherweise haben wir auch Herrn Pieck erwischt und bei ihm viel interessantes Material vorgefunden. Auch gegen den Pommerschen Landbund mußte ich mit Haussuchungen einschreiten. Ich dulde weder Spartakus, noch sein Gegenteil. Am Schluß seiner Rede setzte sich der Minister mit den Ausführungen des Abgeordneten Leidig auseinander, und gab in warmen Worten seinem Mitgefühl für diejenigen Deutschen Ausdruck, die demnächst Deutschland verloren gehen würden. Er rief ihnen ein herzliches

„Auf Wiedersehen"

zu. — Nach einer längeren Rede des Abg. Aloff (S.) wird die Beratung vertagt. Nächste Sitzung Sonnabend, 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Fortsetzung der Beratung.) Schluß 11½ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die Angestelltenbewegung in der Metallindustrie.

Die Angestelltenobleute beschäftigten sich in der Vollversammlung am 17. Juli zunächst mit der Frage einer strafferen Organisierung der Ausschüsse und eines innigeren Zusammengehens mit der Handarbeiterschaft. Sodann berichtete die Tarifkommission über die Tarifverhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Trotz 25 Sitzungen sind greifbare Resultate noch nicht erzielt worden. Es scheint überhaupt langsam recht zweifelhaft zu werden, ob der Tarif je zustande kommen wird. Das Verhalten des Verbandes in grundlegenden Fragen ist jedenfalls hierzu nicht geeignet. In der Frage der Arbeitszeit erklärte der Verband, daß er niemals daran denken würde, die 48stündige Arbeitszeit zu bewilligen. Aber das tollste in den Vorschlägen des Verbandes ist doch die ungeheuerliche Tatsache, daß die ganze Besoldungsordnung aufgebaut ist auf einem — Klassensystem. Da wird das alte, bewährte Prinzip „Teile und herrsche" gehandhabt und festgelegt. Es gibt vier Klassen: 1. Angestellte ohne regelrechte Lehrzeit, aber mit mindestens 3jähriger Vorbildung und Bureautätigkeit. 2. Angestellte mit geringerer Vorbildung als Klasse 3 und mit 3jähriger Lehrzeit. 3. Angestellte mit Reife für Obersekunda (für weibliche höhere Töchterschulbildung) und 3jähriger Lehrzeit. 4. Angestellte mit Abiturium und 3jähriger Lehrzeit oder Handelshochschulbildung.

Jedes Wort hierüber muß den Eindruck dieser herrlichen Erfindung abschwächen. Es werden dann weiter lang und breit unterschieden Klassen und Gruppen; auf dieser reaktionären Grundlage ist eine Einigung für die Angestelltenschaft völlig undenkbar.

Die Bekanntgabe dieser Grundlagen hat denn auch in der Vollversammlung minutenlange Heiterkeit hervorgerufen. Anders kann ja auch im Ernst nicht darüber gedacht werden, wenn zum Beispiel Diplomingenieure mit abgeschlossener Hochschulbildung ein Normalanfangseinkommen von 450 M. und eine jährliche Monatszulage von 15 M. (!) erhalten sollen; auch bei den weiblichen Angestellten wird zwischen den gemeinen Proleten und solchen mit abgeschlossener höherer Töchterschulbildung unterschieden. Bei diesem famosen Entwurf sind alle Gratifikationen usw. abgelöst.

In diesem Vorschlage spiegelt sich das Bild und die Werteinschätzung wieder, das die Unternehmer von den Angestellten haben.

Aber diesmal dürften sich die Herren verrechnen, und zwar gründlich. Folgende Entschließung wurde der Verhandlungskommission mit auf den Weg gegeben:

„Die Versammlung aller Obleute und Funktionäre der Angestelltenausschüsse der Metallindustrie vom 17. Juli 1919 im Herrenhaus beauftragt die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, dem Verband Berliner Metallindustrieller mitzuteilen, daß sie die **Vorschläge der Unternehmer als völlig indiskutabel mit Entrüstung zurückweist** und nur auf der Basis der von den Verbänden eingereichten Vorschläge weiter verhandelt."

Generalversammlung der Sattler und Portefeuiller.

In der Generalversammlung in Böhers Festsälen machte Dauber das Abstimmungsergebnis aus der Portefeuiller- und Reisewarenbranche bekannt. Es haben ¾ für und ¼ gegen den Streik gestimmt. Die Kollegen haben also sofort in den Ausstand zu treten. Doch haben alle die, die nicht ausgesperrt wurden, den Tarifvertrag noch einmal ihren Arbeitgebern vorzulegen und erst nach Ablehnung in den Streik zu treten.

Weyher gab dann den Bericht über das 2. Quartal. Der Mitgliederbestand war am 30. Juni 4702, darunter 663 weibliche Mitglieder.

Als Revisor wurde Ernst Schulze gewählt.

Zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag stellte die Tarifkommission der Reise- und Portefeuillerbranche den Antrag, nur Kollegen, die auf dem Boden des wirtschaftlichen und politischen Rätesystems stehen, zu wählen. Weinschild protestierte energisch gegen diesen Antrag. Eine Trennung der Mitglieder in verschiedene Klassen zerstöre die Einheit der Bewegung. Die Neutralität der Gewerkschaften sei unbedingt notwendig. Nach einer ausgedehnten lebhaften Debatte, in der sich mehrere Redner kräftig gegen diesen Antrag wehrten, wurde derselbe mit 329 gegen 293 Stimmen angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, nur solche Delegierte zu wählen, die Gegner der Kriegspolitik und der Politik der Rechtssozialisten sind. Vorgeschlagen wurden 22 Kandidaten, von denen 19 auf dem Boden des politischen Rätesystems stehen. Auf Beschluß der Versammlung wurden die drei Kandidaten, die nicht auf dem Boden des politischen Rätesystems stehen, von der Kandidatenliste gestrichen. Es entstand eine längere Debatte über die Kandidaten. Einige Redner bekämpften nochmals die angenommenen Anträge. Der Verbandstag würde eventuell die Berliner Delegation für ungültig erklären. Gottschalk wünschte eine Erklärung des Zentralvorstandes. Blum (Zentralvorstand) führte aus, daß er persönlich das Vorgehen nicht für richtig halte, da nach dem Statut jeder gleichberechtigt sei. Die Kennzeichnung der Kandidaten auf dem Stimmzettel gibt zu berechtigten Wahlprotesten Anlaß. Daraufhin wurde die Debatte über die einzelnen Kandidaten eröffnet. Hauptmann benannte zwei davon als unwürdig, die Mitglieder Berlins auf dem Verbandstag zu vertreten, weil sie sich durch Einführung des Kolonnensystems gegen die Interessen der Allgemeinheit vergangen haben. Sie haben ihr eigenes Wohl den Prinzipien der Gewerkschaft vorangesetzt und damit die jetzige Lohnbewegung in der Lederwarenbranche schwer geschädigt. Maßgebend bei der Wahl zum Verbandstag könne doch nicht das Bekenntnis zum politischen Rätesystem sein, sondern in erster Linie das Prinzip der gewerkschaftlichen Betätigung. Die beiden Angegriffenen gaben unumwunden zu, einen Fehler begangen zu haben. Zur Entschuldigung führten sie an, daß bei Verhandlungen die Unternehmer erklärt haben, Weinschild hätte die Einführung des Kolonnensystems empfohlen. Demgegenüber erklärte Weinschild, daß ihm derartiges nie eingefallen sei, sondern während seiner langen gewerkschaftlichen Tätigkeit das Ausbeutungssystem der Arbeiter durch Arbeiter ebenso bekämpft habe, wie das durch die Unternehmer. Komisch klinge es aber, wenn man ihn als Arbeiterverräter bezeichnet, sobald aber vermeintliche Aussprüche von ihm dahin umgebogen werden, um sich auf Kosten der anderen Kollegen die Taschen zu füllen, ihn dann als Kronzeugen aufruft. Dies Gebaren sei kennzeichnend und zu verurteilen.

Schulze erklärte darauf, daß er einen Protest beim Verbandstag einreichen werde. Von heute an werde der Kampf der S. P. D.-Anhänger für gleiches Recht im Verband aufgenommen. (Anhaltender Lärm und starker Beifall der Minderheit.) Er lasse sich nicht wegen seiner politischen Ueberzeugung maßregeln. Es kam infolgedessen zu heftigen Auseinandersetzungen. Gottschalk erklärte, daß er es nicht zu einer Spaltung kommen lasse. Er schlug vor, die drei Kandidaturen doch bestehen zu lassen. Es wurde beantragt, den Beschluß wieder aufzuheben und auch Kollegen der anderen Richtung mit aufzustellen, um der Gefahr zu entgehen, eventuell gar keine Vertretung auf dem Verbandstag zu haben. Ein Antrag von Schulze, eine besondere Kandidatenliste der auf dem Boden der alten Gewerkschaftsbewegung stehenden aufzustellen, wurde angenommen. Blum (Zentralvorstand) erklärte, daß der Verbandstag wahrscheinlich auch diese Art der Kandidatenaufstellung verwerfen würde. Er schlug vor, eine alphabetische Liste aufzustellen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Nachdem Gottschalk erklärt hatte, daß auf den Kandidatenlisten verzeichnet wird, wie lange der Betreffende organisiert ist, wurde zur Aufstellung von je 15 Kandidaten geschritten.

Wegen vorgerückter Zeit wurden die weiteren Punkte der Tagesordnung auf die am 24. Juli anberaumte Versammlung vertagt. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet Sonnabend, den 9. August statt.

Schiedsspruch.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat in der Lohnbewegung der Bureauangestellten der Straßen- und Kleinbahn-Berufsgenossenschaft einen Schiedsspruch gefällt, der den Parteien aufgibt, über die von den Angestellten eingereichten Forderungen in sachliche Verhandlungen einzutreten und diese bis zum 18. August zum Abschluß zu bringen. Ferner sagt der Schiedsspruch:

„Den Angestellten ist auf das Endergebnis der abzuschließenden Verhandlungen unverzüglich ein Vorschuß zu zahlen. Dieser beträgt:

für ständige verheiratete Angestellte	M. 600
„ „ unverheiratete	„ 500
„ unständige Angestellte und Kriegsaushelfer	„ 400

Hinsichtlich der Entlassung des Obmanns der Reichsbekleidungsstelle hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin nach einer dreistündigen eingehenden Verhandlung, in welcher der Personalleiter dem Ausschuß sein Material unterbreitete, nachdem der von ihm erhobene Einwand der Zuständigkeit verworfen worden war, einstimmig dahin entschieden, daß der Obmann mit Rückwirkung vom Entlassungstage wieder einzustellen ist.

Bekanntlich hatte der Reichswirtschaftsminister die Wiedereinstellung des entlassenen Obmanns Dr. Kaplan verfügt, trotzdem hatte aber der Leiter der Reichsbekleidungsstelle die Wiedereinstellung des Gemaßregelten abgelehnt. Auch vor dem Schlichtungsausschuß wandte sich der Vertreter der Beklagten, der mit geheimen Personalakten (!) operierte, gegen die Wiedereinstellung des Dr. Kaplan, dem ja nun doch sein Recht geworden ist.

Metallarbeiter der S. P. D.

Am Dienstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, findet in den Germaniasälen, Chausseestraße, eine Versammlung aller Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin, statt. Tagesordnung: Die Zustände in der Metallarbeiterbewegung im Reiche und in Berlin.

Kollegen und Kolleginnen, erscheint vollzählig in dieser Versammlung. Partei- und Verbandsbuch legitimiert.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Groß-Berlin. Die für Montag, den 21. d. M., angezeigte Mitgliederversammlung ist wegen der an diesem Tage stattfindenden Parteiversammlungen auf Freitag, den 25. Juli, verlegt worden.

Bildhauer. Dienstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag. Wahlen. Verschiedenes.

Verantwortlich für Politik: Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Bezirk Berlin.
Sonntag, den 20. Juli 1919, vorm. 9 Uhr,
findet im Lehrer-Vereinshaus, groß. Saal, Alexanderplatz, eine
große Mitglieder-Versammlung
statt. Tagesordnung: 253/10
1. Welche Lehre ziehen wir aus dem verflossenen Streik? Referent: Knebel-Schulz.
2. Freie Aussprache.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt, daß alle Mitglieder pünktlich und vollzählig erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert! Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Bezirksleitung.

Werkmeisterverband für das Deutsche Buchbindergewerbe.
Deutscher Werkmeister-Verband.
Am Montag, den 21. d. M., abends 6 Uhr, im Restaurant Mierisch, Friedrichstr. 16:
Oeffentliche Versammlung
aller in Buchbindereien und Buchdruckereien tätigen Werkmeister und technischen Angestellten.
Tagesordnung: Stellungnahme zur Tariffrage. — Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. 3377b

Hanns Heinz Ewers
Alraune
erreichte trotz Verbot
200000
Auflage
Geheftet M. 8.—, gebunden M. 10.—
10% Buchhandlungszuschlag
Zu beziehen durch jede Buchhandlung
Georg Müller Verlag
München, Elisabethstr. 26

Möbel
jeder Art
in großer Auswahl und guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Große Frankfurter Straße 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstraße

Bekanntmachung.
I. Es entfällt auf den Abschnitt 58 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin
¼ Pfund Reis
zum Preise von 51 Pfennig.
II. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen vom Sonnabend, den 19. bis Dienstag, den 22. Juli 1919, bei den Kleinhändlern abzugeben.
III. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu der oben aufgerufenen Nummer bei den Großhändlern am 23. Juli 1919 abzuliefern.
IV. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 23. August 1919.
Berlin, den 18. Juli 1919.
Magistrat.
Tgb. Nr. 4679 NS. Abteilung für Nährmittel.

In der Stadt Dortmund (annähernd 300 000 Einwohner) ist sofort die Stelle eines
besoldeten Magistratsmitgliedes (Stadtrates)
zu besetzen. Die Wahl erfolgt gemäß der Städteordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 auf 12 Jahre. Das Anfangsgehalt beträgt 7500 M., steigend von 2 zu 2 Jahren einmal um 1250 M., fünfmal um 750 M. und viermal um 625 M. bis 15 000 M. nach 20 Dienstjahren. Das Ruhegehalt ist nach Ortssatzung vom Dienstantritt bis zum Ablauf des 6. Dienstjahres auf ⅓ des Gehaltes, steigend mit jedem begonnenen weiteren Dienstjahre um 1/30, vom 13. Dienstjahre ab um 1/60 und vom 25. Dienstjahre ab um 1/80 des Gehaltes festgesetzt, sodaß es mit Ablauf des 30. Dienstjahres 40/60 des Diensteinkommens beträgt. Anrechnung früherer Dienstjahre sowohl auf das Besoldungs- als auch auf das Ruhegehaltsdienstalter kann vereinbart werden.
Bewerber, die schon längere Zeit bei größeren Kommunalverwaltungen tätig gewesen sind, werden ersucht, ihre Meldungen **nebst den erforderlichen Unterlagen** bis zum 31. Juli 1919 dem Unterzeichneten einzureichen.
Persönliche Vorstellung, sowie ein besonderer Briefwechsel mit dem Unterzeichneten werden vorläufig nicht gewünscht.
Dortmund, den 4. Juli 1919. 184/16*
Der Stadtverordneten-Vorsteher
Mehlich.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Bei der hiesigen Stadtverwaltung ist die neugegründete Stelle einer
Stadtpflegerin
zu besetzen.
Die Inhaberin der Stelle soll hauptsächlich im Außendienst und in dem persönlichen Verkehr mit der Bevölkerung in Angelegenheiten der Armen- und Wohlfahrtspflege, der Jungen- und Hinterbliebenen-Fürsorge tätig sein, sowie bei der Erledigung der Geschäfte des Gemeinde-Waisenrats mitwirken.
Nur Frauen, welche auf diesen Gebieten bereits längere Zeit tätig waren und eine entsprechende Vorbildung besitzen, wollen Bewerbungsgesuch mit Lebenslauf, Bild und Zeugnisabschriften unter Angabe der Gehaltsansprüche einreichen.
Kamen i. W., den 14. Juli 1919.
Der Magistrat.
21D Dr. Wiesner, Bürgermeister.

Dentozon
antiseptische Mundwasser-Tabletten
zur täglichen Selbstbereitung eines brausenden, aromatischen, antiseptischen Mundwassers. Leicht löslich.
60 Tabletten in nebenstehenden Imitationskarton. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Alleiniger Hersteller: Germosanwerk GmbH München II
Generalvertrieb für Provinz Brandenburg
H. C. Bauer, Charlottenburg, Windscheidstr. 34

CERTAN
Sicheres Mittel zur Vernichtung von
Wanzen und deren Brut in Wohnräumen, Kasernen, Baracken usw.
Läusen bei Haustieren (Rindern, Pferden, Schweinen, Ziegen usw.)
Unschädlich f. Menschen u. Haustiere
Keine Beschädigung v. Möbeln, Wäsche u. dgl.
Reinigende Wirkung auf Haut u. Fell d. Haustiere
Keine unangenehmen Nebenerscheinungen
Rasche und sichere Wirkung
Bequeme Anwendung in 5%iger wässeriger Lösung
Erhältlich in den einschläg. Geschäften

Landmesser, Landwirte, Handwerker, 335D*
die gewillt sind, sich eine **selbständige Existenz** zu gründen, haben hierzu günstige Gelegenheit bei Eintritt in eine Wirtschafts- und Aufbaukompagnie. Auskunft nur mündlich durch Fließ, Neue Mühle b. Königswusterhausen, Neuemühlerstr. 1. Sprechzeit: Vormittags 10—12, nachmittags 2—3 Uhr.

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser, Harn- und Blutuntersuchungen. Elektrische und medizinische Bäder.
Dir.: Löser senior Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9. Sonnt. 9-1.

Spezialarzt Dr. Haschè
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet.

Heil-Institut Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Möbel
Bar u. Teilzahlung
Wohnzimmer, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer,
Polsterwaren, Farbige Küchen, Einzel-Möbel.
Riesen-Ausw., billige Preise
Größte Kulanz
Liefere auch nach auswärts
Lieferung frei Haus
Kriegsanleih. u. Sparkassenbücher nehme in Zahlung.
Möbel-Cohn
Gr. Frankft. Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstraße 47, 48.

Halensee,
nahe Ringbahnhof,
habe ich ein modernes Wohnhaus mit Zentralheizung u. Warmwasserversorgung unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Das Grundstück ist nur mit einer bis 1930 festgelegten Hypothek belastet, enthält 2- und 4-Zimmerwohnung, und ist in rund 10facher Miete zum Preise von M. 310 000 zu erwerben.
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Zu verkaufen Draht
Blumendraht
200 Kilo 0,4 m/m pr. Kilo M. 2,35
267 „ 0,5 „ „ „ „ 2,84
238 „ 0,5 „ „ „ „ 2,81
211 „ 0,6 „ „ „ „ 2,30
ferner angerostet
400 Kilo 0,6 m/m pr. Kilo M. 1,83
geglühter Draht
256 Kilo 2 m/m % Kilo M. 108.—
2071 „ 2,2 „ „ „ 106.—
1871 „ 2,5 „ „ „ 103.—
ferner große Posten
Stahldrähte 0,2 bis 2 m/m
ferner 30 000 Kilo **Stahl-Federdraht,** 3,5 m/m. 414D
nach außerhalb gegen vorherige Kasse.
„Berolina", Chausseestr. 10.
Tel.: Norden 10036.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 5705 u. 8518.

TRAURINGE
DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von M. 19,75 an.
VERKAUF DIREKT AN PRIVATE
Goldwaren-Fabrik
J. Weinstock G. m. b. H. Berlin A.
Zentrale: Mohrenstraße 16 am Untergrundbahnhof Friedrichstraße.
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, a. Bf. Charlottbg.
Achtung! Kein Laden. Geöffnet 9—6.

Möbel-Engros-Lager
Berliner Tischler- u. Tapezierermstr.
Albert Gleiser Alexanderplatz
Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Holz- und Stilart zu soliden Preisen.
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Auserlesensten. Besichtigung unserer umfangreichen Lager ist äusserst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude.

Das Schulkompromiß in der Nationalversammlung.

60. Sitzung vom 18. Juli, 9½ Uhr.

Am Regierungstisch: Dr. David, Dr. Preuß.

Eingegangen ist auch ein Telegramm des argentinischen Senats anläßlich des Friedensschlusses. Auf dieses Telegramm sowie auf das am Donnerstag eingegangene der argentinischen Deputiertenkammer wird von der Nationalversammlung mit Danktelegramm erwidert.

Es folgen kleine Anfragen. Auf Anfrage Laverenz (Dnat.) betreffend die Absetzung mißliebiger Beamten durch Angehörige sozialistischer Parteien erwidert Freiherr **v. Welser**: Die Regierung ist der Ansicht, daß Beamte aus ihrer Stellung nur nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Bestimmungen entfernt werden können. — Auf Anfrage **Obersohren** (Dnat.) betreffend die Verhetzung des Roten Soldatenbundes gegen die Freiwilligenregimenter erwidert ein Vertreter des Kriegsministeriums: Als Gegenwirkung wurde eine Aufklärung der Truppe organisiert, ebenso Schutz und Fürsorge für die Mannschaften. Auch wurden gesetzliche Fürsorgemaßnahmen für entlassene Freiwillige eingeleitet. Nach Aufhebung des Boykotts wurde eine strafrechtliche Verfolgung des Boykotts an Freiwillige gegenstandslos. Endlich sind Aufrufe gegen die Verhetzung erlassen worden.

Die Interpellationen wegen des Landarbeiterstreiks werden demnächst beantwortet werden.

Nunmehr wird die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes fortgesetzt beim Abschnitt: „Bildung und Schule", wozu das bekannte

Schulkompromiß.

als Antrag Löbe-Gröber vorliegt. Nachdem Abg. Weiß (Dem.) über die Verhandlungen des Ausschusses berichtet hat, bemerkt

Reichsminister des Innern Dr. David:

Mit der Vereinbarung, die in dem Kompromiß zwischen zwei Grundauffassungen getroffen ist, wird sich auch die Regierung einverstanden erklären. Die jüngere Auffassung sieht in der Schule eine staatliche Einrichtung mit nur staatsbürgerlichen Erziehungsaufgaben. Den Religionsunterricht hält sie allein für eine Aufgabe der Religionsgemeinschaften; sie will eine

weltliche konfessionslose Schule.

Seine Auffassung gewann in dem Ausschuß eine Mehrheit; infolgedessen mußte eine Vereinbarung getroffen werden: die Vereinbarung gibt den Nächstbeteiligten, den Eltern, die Entscheidung. Der Kampf verschwindet damit nicht aus der Allgemeinheit des Volkes, sondern wird in die Gemeinden verlegt.

Der Kampf wird weitergehen,

denn er kann ohne Zwang nicht beendet werden. Hier Zwang anzuwenden, ist aber unmöglich, denn nirgends erbittert er mehr als in religiösen Dingen, in Weltanschauungskämpfen. Einen solchen Kampf wollen wir nicht.

Wir wollen einen rein geistigen Kampf.

Auch religiöse Auffassungen wandeln sich im Strom der Zeiten. Die Wissenschaft, Philosophie und Theologie sollen den Kampf ausfechten. Der Staat leiht seinen Zwang keinem von beiden, und das ist ein bedeutender Fortschritt. Daß Kinder unbemittelter Eltern Erziehungsbeihilfen erhalten sollen, ist gleichfalls hoch bedeutsam; es hebt eine der Ursachen der Unzufriedenheit auf, bedeutet soziale Gerechtigkeit gegen den einzelnen wie gegen den Staat. Jenen erbittert nichts so sehr, als aus Mangel an Mitteln auf Ausbildung verzichten zu müssen, und dem Staat ist nichts so schädlich, als wenn er seine begabtesten Kinder wegen Mangel an Ausbildung nicht passend verwenden kann, sondern die ersten Stellungen an Unfähige vergeben muß. Auch hierin liegt ein demokratischer Zug. Wir schaffen die

Voraussetzungen eines religiösen und sozialen Friedens!

Aus unseren Weltanschauungskämpfen scheiden Schärfen und Erbitterungen aus, die die Zwangseinwirkung des Staates dahineingetragen hat. Eine solche Voraussetzung schafft ein starkes Gemeinschaftsgefühl des deutschen Volkes.

Abg. **Schulz** (Soz.): Wir Sozialdemokraten sind von jeher Befürworter der Reichsschulgesetzgebung gewesen, haben aber bisher allein auf weiter Flur gestanden. Wir haben auch keine Veranlassung, uns über das jetzige Schulkompromiß besonders zu freuen; als Kompromiß befriedigt es keine Partei vollkommen. Vom pädagogischen Standpunkt wünsche ich nicht, daß die Schule in die politischen Streitfragen hineingezogen wird.

In Weltanschauungsfragen ist Deutschland immer zerrissen gewesen.

Zentrum und Rechte sind grundsätzlich für die Bekenntnisschule, die Sozialdemokraten für die rein weltliche Schule. Der Grundsatz des Kompromisses ist Freiheit im Denken und in der Weltanschauung, keinerlei Vergewaltigung der Eltern und Erziehungsberechtigten durch einen Mehrheitsbeschluß. Jede Auffassung soll das Recht haben, sich auch im Schulwesen zu betunden. Der Hauptinhalt des Reichsgesetzes, durch das das nähere geregelt werden soll, wird der sein, daß

in bestimmten Zeiträumen Schulwahlen

festgesetzt werden, in denen die Erziehungsberechtigten sich für die konfessionelle, für die Simultanschule oder für die weltliche Schule zu entscheiden haben. Für uns Sozialdemokraten kommen in der Schulfrage drei wichtige Grundsätze in Frage:

die Weltlichkeit, die Einheitlichkeit und vor allen Dingen die Einbeziehung der Arbeit

in den Plan und Geist der Erziehung. Wir haben sie, namentlich die beiden ersten, nicht restlos durchsetzen können, aber wir sind schon damit zufrieden, daß wenigstens das Prinzip festgelegt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Gröber** (Zentr.): Bezüglich des Religionsunterrichtes ist es schon im Ausschuß gelungen, eine Lösung zu finden, die wir als eine ausreichende und genügende anzuerkennen vermocht haben, nämlich durch die Bestimmung, daß der

Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach

zu gelten hat, vorbehaltlich des Rechts der Eltern, ihre Kinder, wenn sie es für angemessen erachten, von dem Besuch dieses Religionsunterrichts fernzuhalten, die zwei übrigen Hauptfragen: Konfessionalität der Schule und Privatschulen dagegen erst durch das Kompromiß einer Lösung entgegengeführt werden, der wir zuzustimmen in der Lage sind. Gegensätze der Weltanschauung, wie sie auf diesem Gebiete bestehen, lassen sich nicht lösen auf dem Boden der Majorisierung und des gesetzlichen Zwanges, sondern nur auf dem Boden der gleichen Freiheit und des gleichen Rechts. Diese Auffassung sucht der Kompromißantrag zu verwirklichen, indem er den Vertretern der drei großen Richtungen die Möglichkeit gibt, ihren Einfluß auf die Volksschule geltend zu machen. Private Volksschulen sollen nur zugelassen werden, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht. Selbstverständlich müssen die

Privatschulen der Aufsicht des Staates

unterliegen, und sie dürfen bezüglich ihrer Lehrziele wie bezüglich ihrer Lehrkräfte nicht hinter der öffentlichen Schule zurückstehen. Es ist sozial von höchster Bedeutung, den Kindern den Wert der Arbeit nicht nur für den einzelnen, sondern für das ganze Staatswesen klar zu machen, Hochachtung vor der Arbeit und Arbeitsfreudigkeit in ihnen wachzurufen. (Sehr gut!) Möge es uns gelingen, die Schule auf die Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Volkes sein muß. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Seyfert** (Dem.): Ziel unserer Erziehung muß die Stärkung der sozialen und der Staatsgesinnung sein. Die Standesschule, die ungerecht und unwahrhaftig gewesen ist, muß fallen und auch für den armen Tüchtigen die Bahn frei werden. Das Schulkompromiß hat zu unserem größten Bedauern die Aufrichtung der staatlichen Gemeinschaftsschule gehindert, die als Bekenntnisschule undenkbar ist.

Das Zentrum hat wesentliche Zugeständnisse erreicht,

namentlich hinsichtlich der Privatschulen. Es hat geradezu ein Monopol der Privatschulen für die Minderbemittelten erreicht. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) An die Stelle der Staatsschule tritt die zerklüftete Weltanschauungsschule, die zu weiterer Zerklüftung führt. Die einheitliche Grundschule ist zerschlagen. Mag es nun werden, wie es will, ich wünsche der Volksschule das Beste. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Traub** (Dnat. Vp.): Das Kompromiß ist unnatürlich. Wir halten die ursprüngliche Vorlage für besser, das Kompromiß für eine Verschlechterung. Augenscheinlich soll in die künftige Schule eine einheitliche sozialistische Weltanschauung hineingetragen werden. Mit der Mannigfaltigkeit unseres Schulwesens wäre es vorbei. Die Zusammensetzung des Hauses beweist, daß das deutsche Volk nicht einheitlich sozialistisch ist. Infolgedessen darf es seine Erziehung auch nicht sein.

Abg. **Irl** (Zentr.): Die Verfassung sieht die achtjährige Schulpflicht vor. In der Richtung wären Erleichterungen beziehungsweise Uebergangsvorschriften zu treffen.

Unterstaatssekretär **Schulz**: Die Fortbildungsschulpflicht muß natürlich auch mit aller Schonung durchgeführt werden. Eine staatliche Einheitsschule werden wir nicht haben, solange der Charakter des gesamten Reiches nicht einheitlich ist. Dem Abgeordneten Seyfert erwidere ich:

Die Mehrheit muß entscheiden,

und wenn die Mehrheit des Volkes die Konfessionsschule will, so muß sie bleiben. Der Kampf um die Schule muß mit geistigen Waffen ausgefochten werden und dem Beschluß der Mehrheit auch auf diesem Gebiete muß sich gerade der Demokrat beugen. Herrn Traub kann ich versichern: Wir denken gar nicht daran, eine einheitliche Weltanschauung festzustellen und sie in alle Kinderseelen hineinzupumpen. Was wir erstreben, ist eine

Verbindung zwischen Schule und Elternhaus

herbeizuführen und damit auch den Kampf zwischen Eltern und Lehrern ein für allemal aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Um ½2 Uhr wird die Weiterberatung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Am Regierungstisch: Dr. David, Dr. Preuß, Noske, Dr. Bell.

Vizepräsident **Haußmann** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 10. Die Beratung über den Verfassungsentwurf, Kapitel „Bildung und Schule", wird fortgesetzt.

Abg. **Beuermann** (D. Vp.): Wenn es gelänge, die Einheitlichkeit des Schulaufbaues und die Einheitlichkeit des Lehrerstandes herbeizuführen und gleichzeitig dem Religionsunterricht den ihm gebührenden Platz in der Schule zuzuweisen, so wäre alles geschehen, was man billigerweise von den Schulartikeln fordern kann. Der Unterricht muß

nicht notwendig auf Völkerversöhnung gerichtet

sein. Schaffen wir erst einmal Volksversöhnung, sozialen Geist. Wir treten dafür ein, daß die Bekenntnis- und Simultanschulen, wo sie geschichtlich begründet sind, erhalten bleiben. Nicht nur die Einheitlichkeit des Schulaufbaues, auch die Vereinheitlichung des Lehrerstandes muß herbeigeführt werden. Für die Schule der Zukunft muß die sorgfältigste Auswahl der Lehrkräfte maßgebend sein: wir dürfen den Kindern nur das Beste bieten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen, den „Vorwärts" zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts" irgendwo nicht zu haben ist, richte man gütigst eine kurze Mitteilung an

„Vorwärts"-Verlag G. m. b. H., Hauptexpedition,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Erleuchtung.

17] Roman von Henri Barbusse.
Verdeutscht von Max Hochdorf.

Die Blätter fielen. Das Jahr nahte sich seinem Ende. Um Weihnachten sollte unsere Hochzeit sein.

Ich hatte diese Entscheidung getroffen. Maria sagte zu allem ja. Und ihr Vater, der während des Tages in seine Zahlen vergraben war, tauchte daraus nur, sobald es Abend wurde, wie ein Schiffbrüchiger hervor. Dann war er wie von etwas Ungewohntem ganz überrascht und willenlos, und nur selten wurde er aus unerklärlichen Gründen eigensinnig bis zum Wahnsinn.

Wenn ich morgens zur Arbeit ging und das Hügelgelände von Châteigniers durchkreuzte, dann zeigte sich Maria manchmal an einer Wegbiegung. Aus der fahlgrauen Dämmerung trat sie plötzlich hervor. Dann schritten wir unsern Weg vorwärts, gebadet von dem frischen Morgenlicht, und die Stadt, die zu unsern Füßen lag, erstand wieder aus ihrer Aschennacht. Oder Maria tauchte auch plötzlich, wenn ich abends heimkehrte, vor mir auf und wir gingen zusammen zu ihrem Hause. Wir liebten uns zu innig und konnten darum keine Worte finden. Kaum tauschten wir einige Silben, damit unsere Stimmen verschlungen würden. Und sprachen wir von den anderen, dann lächelten wir uns zu.

Eines Tages hatte der Marquis Monthyon den liebenswürdigen Gedanken, uns beide zu einer Abendgesellschaft aufs Schloß zu laden. Einige angesehene Leute unseres Stadtteils kamen auch. Die Gäste waren in einer weitläufigen Galerie vereinigt, wo zwischen den hohen Damastvorhängen Marmorbüsten standen. Als alle beisammen saßen, hatte der Marquis, der die grobschlächtigen Scherze liebte, den Gedanken, sich als großen Herrn aufzuführen und das elektrische Licht verlöschen zu lassen. Als es eben dunkel wurde, lächelte ich gerade Marie zu, die in der zahlreichen Gesellschaft neben mir saß. In der Finsternis reckte ich die Arme aus, und ich griff nach ihr, und ich zog sie an mich. Sie preßte sich an mich mit mehr Inbrunst, als sie es sonst je getan hatte. Unsere Münder begegneten sich hitziger als jemals. Unsere Körper, die verschlungen waren, schwankten, derweilen wir von dem unsichtbaren Schwarm hin, und hergestoßen wurden, der von allen Seiten auf uns los lärmte. Das Licht wurde wieder angezündet. Man ließ sich los. Was war das. Es war nicht Maria, die ich in den Armen gehalten hatte. Die andere Frau entfloh mit einem erstickten Aufschrei der Scham und des Aufruhrs zu dem Manne, den sie zu umfassen gemeint und der nichts davon gemerkt hatte. Ich war durch und durch geschüttelt und noch wie geblendet, als ich mich wieder Marien zuwandte. Nur schwer konnte ich wieder in mich hineinfinden. Dieser Kuß, der mich plötzlich ganz unverhüllt mit einem so seltsamen Weibe in Berührung gebracht hatte, bewahrte in mir den Geschmack einer ungewöhnlichen und höllischen Lieblichkeit. Ich glaubte nachher, die Frau an ihrem blauen Kleide wiederzuerkennen und auch an der Helligkeit ihres Nackens. Aber es waren drei Frauen anwesend, die sich fast glichen. Niemals erfuhr ich, welche von diesen unbekannten Frauen in ihrem liebenden Leibe diese Liebesschauer verbarg, den ich während des ganzen Abends nicht von mir abstreifen konnte.

*

An der Hochzeit nahm eine zahlreiche Gesellschaft teil. Der Marquis und die Marquise Monthyon erschienen in der Kirche. Glücklicherweise hielt sich Brisbille fern. Da er ja ein scharfer Sektierer war, so hieß er auch nur die bürgerlichen Trauungen gut. Ich schämte mich ein wenig, als auch all die Frauen auf uns zutraten, die einstmals meine Geliebten gewesen waren. Aber Maria gewährte einer jeglichen von ihnen einen Anteil an ihrem schönen, ruhigen Lächeln. Frau Lacaille kam auf uns zu, nervös, sprühend und mystisch wie immer. Auch die dicke Viktorine mit ihrer gutmütigen Rundlichkeit, die mich überall und jederzeit so gastfreundlich aufgenommen hatte. Auch trat zu uns Magdalena Chaine und besonders die magere Antonia, die uns ihr glühendes und strahlendes Italienerinnenhaupt entgegentrug. Ebenholzschwarz war ihr Haar, und sie trug einen prächtigen Pariser Hut, und sie war auch sonst sehr schön angezogen, seitdem sie Béron geheiratet hatte. Ich mußte ihr ein wenig zuzwinkern, da sie sich mit ihrem hageren, feierlich bekleideten Körper an uns drängte. Dieser Körper hatte sich doch ehemals so oft an meinem Körper in allerhand Zufallszimmern geklammert und mir vielerlei Lust geschenkt. Aber wie das alles jetzt entfernt und erloschen war!

5. Kapitel: Tagesgeräder.

Man brachte neue Ordnung in mein Haus. Man veränderte nichts in der Anlage des Ganzen und in der Aufstellung der großen Möbelstücke. Das hätte eine zu große Umwälzung bedeutet. Aber man warf die verstaubten Stücke und Zierrate, die Tantchen aufgestapelt hatte, und die weiter gar keinen Wert besaßen, hinaus. Man entnahm aus dem Muschelrahmen die Photographien, die an der Wand in Gelbsucht und Sehnsucht dahinstarben, und die übrigens kein menschliches Ansehen mehr zeigten, so sehr hatte die Zeit sie ausgewaschen. Alles das wanderte in den Schlund der Schubladen.

Ich kaufte Möbel. Wenn wir den Duft des Firnis einatmeten, der lange in dem unteren Zimmer haften blieb, dann sagten wir: „Das ist eine richtige Herrschaftswohnung." In Wirklichkeit ähnelte unsere Einrichtung den Bürgereinrichtungen, wie man sie überall und gewöhnlich findet. Ist es nicht ein wahrer Stolz, wenn man hinnieden sagen kann: „Auch ich bin einer von ihnen!"

Die Jahre gingen hin. In unserem täglichen Leben gab es nichts Bemerkenswertes mehr. Wenn ich abends nach Hause kam, dann war Marie häufig während des Tages gar nicht ausgegangen, und sie trug noch ihren Schlafrock und die aufgesteckten Zöpfe, und sie sagte: „Nein, heute ist nichts Besonderes passiert."

Zu dieser Zeit beschäftigte man sich viel mit den Luftfahrzeugen, deren Bilder in den Zeitungen veröffentlicht wurden, und von denen man überall sprach. Eines Sonntags beobachteten wir von unserem Fenster aus einen solchen Flieger. Ueber den ganzen Himmel hin war das abgehackte Lärmen des Motors hörbar. Vor ihren Häusern standen die Bürger und starrten in die Luft. Der rasselnde Raum wurde von einem schwarzen Punkt befleckt. Und wir wandten kein Auge von dem Schatten. Er wurde größer und größer. Immer deutlicher zeichnete sich das Schwarze des Liniengerüstes und seines Gewinkels auf dem leichten Schleier der Wolken ab, da dieses große, schwebende und lärmende Untier heranflog. Als es im Sturm nachher vorbeigeflogen war und zusammenschrumpfte vor unseren Augen und Ohren, die eine Weile verwickelt wurden in dies neue, dem Untier nachschleifende Welt der Geräusche, da seufzte Maria träumerisch auf. Sie sagte: „Ich möchte mit dem Luftschiff in den Wind hineinfliegen, hinauffliegen in den Himmel, ja, das möchte ich!"

(Forts. folgt.)

Abg. **Kunert** (U.Soz.): Wir verlangen volle Einheitlichkeit, Unentgeltlichkeit und Weltlichkeit der Schule. Was uns hier an Weltlichkeit der Schule geboten wird, das sieht ungefähr so aus wie der ausgefranste, zerrissene Mantel eines Bettlers, auf den man ein paar neue Flicken gesetzt und drauf geschrieben hat: „Weltliche Schule". (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Die katholische Kirche hat überhaupt keine Schule, sondern nur ein Kirchenprogramm mit dem sie die Bevölkerung zur Dummgläubigkeit erziehen will. Die natürliche Moral ist ganz autonom. (Zuruf im Zentrum: Wo kommt sie denn her?) Und die edelste Sitte kann gepflegt werden ohne Religion. In diesem Sinne verlangen wir die weltliche, die religionslose Schule. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. **Philipp** (Dnat. Vp.): Das Schulkompromiß wird nicht das Ende des Schulkampfes, sondern der

Anfang eines neuen Schulkampfes

sein. Wir stellen uns auf den Boden der Beschlüsse des Verfassungsausschusses. Es ist jetzt wahrlich nicht angebracht, den Geist der Völkerversöhnung in der Schule in der Verfassung festzulegen.

Abg. Dr. **Luppe** (Dem.): Der Schulkampf wird weitergehen. Ein besonderes Gesetz soll die Dinge weiter regeln. Dieses Gesetz wird nicht sobald kommen. Das ist ein Grundfehler des Kompromisses, daß er nicht die konfessionelle Versöhnung herbeiführt, sondern vom ersten Tage an die Konfessionen scheidet. Wir wollen gerade die

Versöhnung der konfessionellen Gegensätze.

Sie tragen diese Differenzen sogar in die Familien hinein. Alle diese Dinge sind nicht nach praktischen Gesichtspunkten entschieden worden. (Preußischer Kultusminister Haenisch nickt zustimmend.) Mit den Beschlüssen des Verfassungsausschusses wäre eine Versöhnung möglich gewesen. (Beifall bei den Dem.).

Abg. Frau **Blos** (Soz.):

Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden. Bisher wurde die Schule engherzig genug behandelt; sogar der

Kochkunstunterricht durfte nicht anders als konfessionell erteilt

werden. Der Geschichtsunterricht kannte nur die Geschichte der Fürsten, nicht der Völker. Was er über Revolutionen lehrte, die doch Befreiung der Geister gebracht haben, war durchaus falsch. Die Revolution ist immer nur

im Sinne der Lehrer, nicht der Eltern

dargestellt worden. Wir Frauen und Mütter wollen den Begriff der Völkerversöhnung in die Verfassung hineinhaben, damit wir nicht nochmal einen so furchtbaren Krieg erleben.

Abg. **Rheinländer** (Z.): Wünschenswert ist, daß wir in der gesamten Jugend eine starke deutsche Gesinnung, Liebe zum Reich und Staatsgesinnung erziehen. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen gehört, soweit er sich mit dem neuen Staatsgeist verträgt. Wir wollen durch unsere Leistungen und Tüchtigkeit, durch Bildung und Arbeit den Ehrenplatz unter den Völkern wieder erkämpfen, der den Deutschen wegen ihres Geistes und ihrer Bildung gebührt.

Abg. **Katzenstein** (Soz.):

Wir werden niemals bestreiten, daß zwischen uns und dem Zentrum lebhafte Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Soz.) Wir wollten aber nicht, daß eine Entscheidung in irgendeinem Sinne erzwungen wird, sondern beiden Richtungen die Möglichkeit eröffnen, sich gegenseitig friedlich auseinandersetzen zu können. Durch das Schulkompromiß wird

keine konfessionelle Zersplitterung

erzeugt, sondern im Gegenteil der konfessionellen Zersplitterung vorgebeugt. Wir hatten ursprünglich die weltliche Schule beantragt; sie wurde mit Hilfe der Demokraten abgelehnt. (Hört, hört!) Auch ein Antrag Naumann wollte den Religionsunterricht ausdrücklich nach den Lehren und Satzungen der Religionsgemeinschaft erteilt sehen. Ein derartiger Zwang findet sich in dem Kompromiß nicht mehr, denn die Entscheidung liegt bei den Erziehungsberechtigten. Es wäre die unklugste Politik, die gemacht werden könnte, wenn das Zentrum jetzt ein ständiges Feuer zur Entfesselung der Leidenschaften schüren würde. Eine derartige Politik steht von ihm nicht zu erwarten. Die Demokraten haben sich in der schwersten Stunde unseres Volkes der politischen Verantwortung entzogen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. und im Zentrum.)

Weltanschauungen dürfen nicht mit Maschinengewehren durchgesetzt werden.

Wir wollen keinen neuen Kulturkampf, schon in Rücksicht auf die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterbewegung, um sie stark zu machen im Kampf gegen den Kapitalismus, den Kampf für eine höhere soziale Ordnung. (Unruhe rechts. Der Kampf der Geister geht weiter. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Haase** (U. Soz.):

Wie die Achtung der religiösen Gesinnung Andersdenkender in der Wirklichkeit durchzuführen ist, das sagt das Erfurter Programm, nämlich durch die Trennung von Staat und Kirche. Alles was das Zentrum gewünscht hat, hat es bei diesem Kompromiß durchgesetzt. (Beifall und Widerspruch.) Wo das Zentrum bei der Abstimmung in der Minderheit bleibt, wird es sofort konfessionelle Privatschulen gründen.

Wo bleiben da die Einheitsschulen?

Was Sie hier treiben, ist weiter nichts, als daß Sie den Geist der Finsternis wieder aufleben lassen. (Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. **Hofmann** (Z.): Die Konfessionsschule soll nicht den Haß schüren, sie soll die Versöhnung predigen.

Abg. **Weiß** (Dem.): Herr Katzenstein sagt, wir seien selbst daran schuld, weil wir aus der Regierung herausgegangen seien, ja, hätten wir denn bei der Stellung, die wir zur Friedensfrage einnahmen, noch in der Regierung bleiben können? Das konnten wir nicht. Durch Ihr neues Kompromiß wird das Unterscheidende, das Zerreißende für alle Zeiten in der Verfassung fest verankert, während uns die Vergemeinschaftung des Volkes so bitter Not tut. (Beifall bei den Demokraten.)

Damit schließt die Besprechung.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Luppe (Dem.) die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 218 Mitgliedern, das Haus ist also beschlußfähig, da dazu nur die Anwesenheit von 212 Mitgliedern erforderlich ist.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Heinze, in der Ueberschrift des Abschnitts statt „Bildung und Schule", zu sagen: „Bildungs- und Erziehungswesen", abgelehnt. Die Artikel 139 (Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre), 140 (Oeffentliche Bildungsanstalten), 141 (Staatsaufsicht) und 142 (Allgemeine Schulpflicht), werden in der Ausschußfassung angenommen, auf Antrag Katzenstein mit der Hinzufügung zu Artikel 142, daß nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Fortbildungsschulen Unterricht und Lernmittel unentgeltlich sind. Die Artikel 143 bis 146 werden in der Fassung des Kompromisses nach dem Antrag Löbe-Gröber, gegen die Stimmen der beiden rechten Parteien, der Demokraten und der Unabhängigen angenommen. Hinzugefügt wird dem Kompromißantrag noch die Bestimmung, daß neben der Staatsbürgerkunde und dem Arbeitsunterricht auch die Volkswirtschaftslehre Lehrgegenstand in den Schulen sein soll. Alle übrigen Abänderungsanträge, die von verschiedenen Seiten zu dem Kompromiß gestellt sind, werden abgelehnt. Nach Annahme des Artikels 147 wird die weitere Beratung vertagt. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das Haus auf Beendigung der Verfassungsberatung am Montag und Dienstag.

Die große politische Aussprache beginnt Mittwoch mit den Reden der Minister.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 19. Juli, 9½ Uhr. Zahlung der Fälle in Gold und kleinere Vorlagen.

Schluß 8¼ Uhr.

Preußische Landesversammlung.

48. Sitzung, Freitag, den 18. Juli 1919, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Vorlage über die Aufhebung der Ortsschulinspektionen.

Abg. Dr. **Porsch** (Z.): Wir sind gegen die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und befinden uns da in voller Uebereinstimmung auch mit der katholischen Lehrerschaft. Trotzdem wollen wir dem Gesetz zustimmen, wenn der

kirchliche Einfluß auf die Schule

in anderer Weise sichergestellt wird. Zu diesem Zweck beantragen wir, daß auf Grund eines Gesetzes Schulbeiräte aus Vertretern der Eltern, der Lehrer, der Gemeindebehörden und derjenigen Religionsgesellschaften gebildet werden, deren Angehörige an der betreffenden Schule unterrichtet werden. Diese Beiräte sollen in freier Wahl gewählt werden. Ferner beantragen wir, daß der Geistliche, der an einer Schule Religionsunterricht erteilt, als Mitglied des Lehrkörpers dieser Schule betrachtet wird und Sitz und Stimme in dem Lehrkörper hat. Sollten diese Anträge abgelehnt werden, würden wir gegen das Gesetz stimmen.

Abg. **Frau Arendsee** (U. Soz.): Es ist höchste Zeit, daß die geistliche Schulaufsicht beseitigt wird.

Abg. **Neumann-Königsberg** (Soz.):

Der Vorwurf des Prinzipienverrates ist lächerlich.

Wir halten an unseren Grundsätzen fest

und werden nicht nachgeben. (Stürmisches Hört, hört! im Zentrum.) Wir werden auf den Minister entsprechend einzuwirken suchen. (Erneutes Hört, hört! und große Unruhe im Zentrum.) Ihre Aufregung verstehe ich nicht. Genau so, wie Sie auf die Zentrumsminister Einfluß zu nehmen suchen, suchen wir unsere Parteiminister in ihrer Stellung zu festigen. (Unruhe im Zentrum.)

Abg. **Kimpel** (Dem.): Wir sind nicht kirchenfeindlich. Die Kirche hat ein Interesse an der Erziehung der Jugend. Nur soll sie keine Vorrechte, sondern nur ein Mitbestimmungsrecht erhalten.

Abg. **Hollmann** (D. Vp.): Wir hatten zunächst schwere Bedenken gegen den Zentrumsantrag, werden jetzt aber für ihn stimmen. (Große Heiterkeit. — Zuruf links: Echt nationalliberal!)

Ministerialdirektor **Kestner**: Die Einrichtung von Schulbeiräten hat viel für sich. Aber man sollte diese Einrichtung nicht in Gesetzesparagraphen versteinern, sondern sie dem Wege der Verordnung überlassen.

Die Zentrumsanträge werden abgelehnt.

Die vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung betr. die Uebertragung der bisherigen Befugnisse der Ortsschulinspektoren in Volksschulangelegenheiten auf die Kreisschulinspektoren, soweit diese Befugnisse nicht dem Lehrkörper bzw. in einklassigen Schulen dem Lehrer (der Lehrerin) zugewiesen werden können, gelangt unverändert zur Annahme.

In der dritten Lesung lehnt Adolf Hoffmann (U. Soz.) mit seiner Fraktion die Vorlage ab. Das Gesetz wird gegen das Zentrum und einen Teil der Rechten endgültig angenommen.

Der Bericht des Gemeindeausschusses über die Vorlage wegen vorläufiger Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts erstattet Abg. Dr. **Ruer** (Dem.).

§ 10 der Vorlage enthielt die Aufhebung des Verbots der gleichzeitigen Mitgliedschaft in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Der Ausschuß hat § 10 gestrichen. Bei der Abstimmung erheben sich für die Streichung die anwesenden Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft, die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 235 Mitgliedern, von denen 121 für das Verbot, 114 dagegen stimmen. Es verbleibt also bei der Streichung des § 10. Im übrigen wird die Vorlage in zweiter Lesung nach den Ausschußvorschlägen angenommen.

Nach weiterer Aussprache wird durch Auszählung mit 146 gegen 175 Stimmen beschlossen, den in der zweiten Lesung gestrichenen § 10 der Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Darauf wird das Gesetz im ganzen gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Einige Anträge zur Förderung des Volkshochschulwesens werden mit dem Antrage des Unterrichtsausschusses, für diesen Zweck 2 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, dem Haushaltausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern wird nach kurzer Beratung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die Aussprache über das Ministerium des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. **Leidig** (D. Vp.): Wir werden uns trotz der wieder bevorstehenden Abendsitzung nicht abhalten lassen, ausführlich zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. (Unruhe.) Zu demselben Etat hat ein gewisser Leinert einmal 2 Stunden gesprochen. (Heiterkeit.) In der jetzigen Koalitionsregierung herrscht keine Einigkeit, die Herren sind uneins sogar in den wichtigsten Fragen, jeder marschiert seine eigenen Wege. (Während der Rede erscheinen Unterstaatssekretär Meyer und später Minister Heine am Regierungstisch.) Der Ton auf der Ministerbank ist ein derartiger geworden, daß die Herausgabe eines kleinen Ministerknigge eine dringende Notwendigkeit geworden ist. (Heiterkeit. Unruhe links.)

Noch heute bestehen Arbeiter- und Soldatenräte,

und der Minister des Innern hat nicht gewagt, deutlich auszusprechen, daß das gegenwärtige preußische Staatsrecht kommunale Arbeiterräte nicht kennt. In Groß-Berlin gibt es noch 1042 Arbeiter- und Soldatenräte. Neuerdings hat der Finanzminister abgelehnt, die Einrichtungskosten für den Vollzugsrat zu bezahlen und der Vollzugsrat appelliert jetzt zu diesem Zweck an die Arbeiterschaft. Unsere preußische, vor dem 9. November so festgefügte Verwaltung ist heute in völligem Verfall. Von den gewaltigen Umwälzungen, die der Friedensvertrag für Preußen mit sich bringt, wissen wir amtlich bis jetzt kein Wort. (Hört! hört! rechts.) Ein starkes Preußen ist nur möglich, wenn der nationale Gedanke gestärkt wird. (Zuruf bei den U. Soz.: Hoch der Chauvinismus!) Der ist uns lieber wie Internationalismus und Bolschewismus. (Beifall rechts.) Weiterberatung 7½ Uhr.

Schluß 6 Uhr.

(Bericht über die Abendsitzung siehe 3. Seite Hauptblatt.)

Groß-Berlin

Die Erzeugerpreise im Jahre 1919.

Das Reichsernährungsministerium schreibt uns: Das Reichsernährungsministerium hat durch Verordnung vom 15. Juli die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1919, soweit diese öffentlich bewirtschaftet werden, festgesetzt. Die neue Festsetzung wird bedingt durch die Tatsache, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft, wie Löhne, Düngemittel, Maschinen und sonstiges Betriebsmaterial, zum Teil auf ein Vielfaches im Preise gestiegen sind und daß die Betriebsmittel zurückgegangen und die Erträge gesunken sind. Um die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, war eine Erhöhung des Getreidepreises ein zwingendes Gebot. Ein Rückgang des Getreideanbaues wäre unvermeidlich, wenn die Höchstpreise die Produktionskosten nicht mehr decken würden, weil alsdann die Landwirtschaft gezwungen wäre, zu einer extensiven Wirtschaft überzugehen. Die Kostspieligkeit der Auslandszufuhren stellt die höchsten Anforderungen an die Produktion der heimischen Scholle.

Entsprechend der Steigerung der Produktionskosten ist der Roggenpreis für das Berliner Preisgebiet auf 405 M. festgesetzt, also um 100 M. oder 33 Proz. gegenüber dem Vorjahre erhöht worden. Etwas stärker als die Produktionskosten des Roggens sind diejenigen des Weizens gestiegen. Unter Berücksichtigung der bisherigen Spannung zwischen Roggen- und Weizenpreis erschien ein Preis von 450 M. für das niedrigste östliche Preisgebiet als angemessen und ausreichend. Der Preis der Gerste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung als Brotgetreide auf der Höhe des Roggenpreises zurückgeblieben.

Um eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse durch die Erhöhung des Brotgetreidepreises zu vermeiden, wird die Erhöhung des Brotgetreidepreises bis zum 1. Oktober auf die Reichskasse übernommen.

Beim Kartoffelpreis waren die gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 100 Proz. gestiegenen Produktionskosten und die zurückgegangenen Erträge in Uebereinstimmung zu bringen. So mußte ein Grundpreis von 125 M. für die Tonne angemessen erscheinen. Er kann nach den regionalen Verschiedenheiten bis zu 145 M. erhöht werden.

Neben den Preisen für die vegetabilischen Erzeugnisse setzt die neue Verordnung auch die Schlachtviehpreise fest. Neben der Wiederholung der Preise für Schlachtrinder sind weiter Preise für Schlachtkälber und Schlachtschweine vorgesehen. Der Kälberpreis ist auf 120 M. für den Zentner Lebendgewicht, der Preis für Schlachtschweine auf 120 M. festgesetzt. Um die beständigen Ueberforderungen auf den Ferkelmärkten zu beseitigen, sind außerdem für Ferkel und Läuferschweine Richtpreise von 10 bzw. 6 M. für das Kilogramm Lebendgewicht vorgesehen.

Die Preiserhöhungen dürften den berechtigten Klagen der Landwirtschaft über ein Zurückbleiben der Preise hinter den Gestehungskosten voll gerecht werden. Sie werden dazu beitragen, den Schleichhandel zugunsten der gesetzlichen Ration wesentlich einzuschränken.

Neben einer ausreichenden Preisnormierung ist zur Förderung der Produktion und zur Verbilligung der Erzeugnisse vor allem auch die Bereitstellung eiweißhaltiger Futtermittel dringend geboten. Andererseits besteht der dringende Wunsch der Verbraucher, das Brot wohlschmeckend zu gestalten. Falls die begründeten Aussichten auf namhafte Getreideeinfuhr aus dem Ausland sich erfüllen und die Eingänge aus heimischer Ernte, ungefährdet durch Landarbeiterstreiks, sich normal gestalten, wird darum die Ausmahlung des Brotgetreides auf 81 Proz. herabgesetzt werden. Dadurch würde sowohl dem Bedürfnis der Landwirtschaft nach Kleie als auch dem Wunsche der Verbraucher nach Verbesserung des Brotes Rechnung getragen.

Unabhängige Kampfesweise.

Für die Arbeiterratswahl der A. E. G. in Oberschöneweide verbreiteten unsere Genossen vor dem Werke ein Flugblatt, um für ihre Liste Propaganda zu machen. Die Verteiler wurden von den Unabhängigen beschimpft und angerempelt. Zwei Flugblattverbreiterinnen, die Genossinnen Labsch und Hoffmann, **schlug man mit rohester Gewalt vor die Brust**, so daß besonders Frau Hoffmann betäubt gegen die Wand taumelte. Jetzt stürzten sich drei unabhängige Rotodys in viehischer Weise auf sie und entrissen ihr die restlichen Flugblätter. Arbeitskollegen und Kolleginnen, die sich erdreisteten, die empfangenen Flugblätter sofort zu lesen, wurden diese aus der Hand gerissen und besonders letztere, wie auch die mißhandelten Genossinnen, mit **gemeinen Worten aus dem Zuhälterlexikon** tituliert. Darauf zogen diese „Edlen" mit einer Heldenmiene nach dem „Blumengarten", wo eine ihrer berüchtigten Betriebsversammlungen abgehalten wurde. Dort fuhr ihr Referent, Herr Malzahn vom Vollzugsrat, eine Schimpfkanonade gegen unsere Partei auf und fand besonders lebhaften Beifall damit, daß die am Montag, den 21. Juli, zu veranstaltende Demonstration dazu dienen soll, den „Verrätern", den **Mehrheitssozialisten**, tüchtig eins auszuwischen. Das nennt sich dann Demonstration des einigen Proletariats für den Sozialismus und gegen den Gewaltfrieden....

Als einer unserer Genossen gegen die schäbigen Angriffe auf unsere Partei auftrat und für die von uns aufgestellte Liste zum Arbeiterrat agitierte, setzten gleich zu Beginn seiner Ausführungen gegen ihn selbst und die Partei die schäbigsten Angriffe ein und unter hysterischem Geschrei der Versammelten, das nur als Nachwirkung der Kriegspsychose zu erklären ist, wurde der Redner am Sprechen gehindert.

Mit Ekel verließen wir die Stätte der unabhängigen „Meinungsfreiheit", wie wir oft schon mit Ekel daran dachten, daß so viele A. E. G.-Leute früher **gelb** organisiert waren. Früher quittegelb und heute blutrünstige „Edelsozialisten" der U. S. P. D. und K. P. D. Wir gratulieren beiden Teilen, Führern und Geführten!

Vollversammlung

der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin S. P. D. und D. P. morgen Sonnabend, 11 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gen. Dr. Striemer über Zwangs-Syndikate, Trusts und Gemeinwirtschaft. 2. Arbeiterrats-Angelegenheiten.

J. A.: Haase.

Der erste Vertretertag der „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener" und des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen", tagt jetzt im Herrenhaus. Hauptmann d. Goertzke gab einen Ueberblick über die Tätigkeit, die zur Aufnahme der Kriegsgefangenen entfaltet worden ist. Am Hilfswerk habe sich der Volksbund ebenfalls beteiligt. Der Redner spricht dann kurz über die Forderungen an die Reichsregierung. Herr Schlesinger vom Kriegsministerium spricht dann über die Maßnahmen zur Aufnahme der Kriegsgefangenen. Bis jetzt seien noch keine Kriegsgefangenen zurückgeführt worden. Die Zurückführung sollte von den einzelnen Komitees in den Gefangenenlagern selbst in die Hand genommen werden und je nach der Dauer der Gefangenschaft erfolgen. Um die Lage der Kriegsgefangenen schon jetzt im Aufräumungsgebiet zu bessern, schicke die Reichszentralstelle monatlich 5 Millionen dorthin. Zum Empfang der Kriegsgefangenen habe die Regierung 6 Millionen zur Verfügung gestellt. Bei der Entlassung erhalten die Kriegsgefangenen die Gebührnisse für 8 Wochen; dafür sind 320 Millionen bereitgestellt. Ferner sind 150 Millionen für eine wirtschaftliche Beihilfe bewilligt. Am Sonnabend soll über die Hauptaufgaben gesprochen werden.

Rednerkursus heute Sonnabend, abends 6 Uhr, im Konferenzsaal Vorwärtsredaktion.

Schwerer Raubüberfall. Drei Einbrecher aus Berlin waren in Waßmannsdorf bei Rudow in das Stallgebäude des Rieselwärters Karl Libitz eingedrungen, hatten mehrere Hühner, Karnickel und eine Ziege abgeschlachtet, sie auf einen Wagen geladen und fuhren damit davon. Libitz fuhr der Wagenspur nach. Sie endete in einem Haferfeld. Die Einbrecher sprangen aus ihrem Versteck hervor, fielen über ihn her, würgten ihn und warfen ihn zu Boden. Dann schleiften sie ihn aus dem Haferfeld heraus auf die Chaussee. Hier hielt ihn einer fest, während ein zweiter einen Stein nahm und damit auf den mit dem Gesicht auf der Erde liegenden Mann einschlug. Dieser raffte alle seine Kräfte zusammen, stieß den Verbrecher, der ihn festhielt, mit dem Kopfe um und richtete sich auf. Jetzt sah er, wie der zweite einen kindskopfgroßen Stein in der erhobenen Hand hielt, um ihm damit, wie er sagte, den „Rest zu geben". Als jetzt der Ueberfallene flehentlich um sein Leben bat, ließen sie von ihm ab und fuhren mit seinem Rade und der Beute davon. Uebel zugerichtet wurde er schließlich aufgefunden. Es ist gelungen, zwei der Täter zu ermitteln, den Monteur Alfred Schwarz aus Lichtenberg und den Sattler Eitel Schewe, die erst vor wenigen Tagen wegen Hühnerdiebstahls festgenommen und nach Moabit gebracht worden, dort aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren. Der dritte Verbrecher, Karl Görsdorf, zuletzt in Neukölln, wird noch gesucht. — Zwei unbekannte Männer erschienen in einer Weinhandlung im Westen und verlangten von der Inhaberin die Herausgabe des Geldes. Es gelang ihnen, mit 18 000 M. zu verschwinden. Sie entkamen im Auto. Aber die Autokontrolle wird sie schon gefaßt haben, nicht wahr?

Der Gouverneur von Berlin, Gen. Georg Schöpflin, wird am 1. August zurücktreten. Der Posten dürfte eingezogen werden.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Gleisbauarbeiten Ecke der Leipziger und Jerusalemer Straße machen es erforderlich, in der Nacht zum 19. d. M. diese Linien über Nebenstraßen umzuleiten.

Regatta des Freien Ruderbundes. Morgen, Sonntag, mittags 12 Uhr, findet die 7. Bundesregatta auf der üblichen Strecke Eisenbahnbrücke Treptow — Restaurant Schwanenberg (Ziel) statt. Zum erstenmal nach fünfjähriger Pause traten sich die Mannschaften der Vereine „Collegia", „Freiheit" und „Vorwärts" wieder zum friedlichen Wettbewerb gegenüber. Die Rennungen sind in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten recht zahlreich und sind spannende Kämpfe zu erwarten. Ab 4 Uhr nachmittags Gartenfest mit Konzert und Tanz im Restaurant Schwanenberg.

Ein Kriegsbeschädigter bittet, aus seiner am Dienstag verlorenen Brieftasche den Militärpaß und die andern Papiere zu senden an Paul Fesch, Reinickendorf, Herbststraße 14.

Steuerabzüge. Was kann bei der Einkommensteuer (Preußen) abgezogen werden? Auf diese Frage antwortet ein vom R. Ritter, dem Herausgeber der „Deutschen Steuerzeitung", soeben veröffentlichtes Nachschlagebuch, das alle statthaften und nicht statthaften Abzüge in alphabetischer Reihenfolge zum Ablesen, sowie eine Anleitung zur Erlangung einer Ermäßigung der Steuerstufen enthält. Preis M. 2,—. Industrieverlag Spaeth u. Linde, Berlin C 2.

Neukölln. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßte Freitag die aus den Reihen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen neu gewählten unbesoldeten Stadträte, die in ihr Amt eingeführt wurden. — Sie nahm dann Stellung zu dem Gesetzentwurf für Groß-Berlin, über den die zu seiner Prüfung eingesetzte Deputation berichtete. Dem Wunsch, sich einmütig für den Gedanken der Einheitsgemeinde auszusprechen, stimmten alle Fraktionen zu. Zu manchen Einzelfragen wurden aber Abänderungen für nötig gehalten, z. B. von beiden sozialistischen Fraktionen eine Verkürzung der auf 6 Jahre bemessenen Amtsdauer der Groß-Berliner Einheitsgemeindevertreter, für die den Sozialdemokraten 3 Jahre, den Unabhängigen 2 Jahre ausreichend scheinen. Die Unabhängigen wollen keine unbesoldeten Magistratsmitglieder mehr, während die Sozialdemokraten sie neben den besoldeten nicht missen möchten. Von den Unabhängigen wurde auch die Forderung einer Berücksichtigung des Systems der Arbeiterräte gestellt. — Der Kredit für die Erwerbslosenfürsorge, für die bisher 11 Millionen Mark bewilligt sind, wurde um weitere 10 Millionen verstärkt. Auf eine Anfrage der Unabhängigen erklärte der Magistrat, daß bezüglich der Unterstützungssätze die Einzelgemeinden sich nach den für Groß-Berlin gemeinsamen Beschlüssen richten müssen. — Genehmigt wurde ohne Debatte die Erhöhung der Hundesteuer von 30 auf 50 M. ab 1. Oktober, die schon in der Etatberatung für notwendig erklärt worden war. — Bei dem Beschluß auf Festsetzung eines höheren Tarifs für Leichen- und Trauerwagen wurde die Frage der Sozialisierung des Beerdigungswesens berührt. — Ein Antrag der Demokraten ersuchte den Magistrat, auf Besserung der postalischen Verhältnisse Neuköllns hinzuwirken. Bemängelt wurde die Langsamkeit der Abfertigung an den Schaltern, die Verzögerung der Briefbestellung usw. Der Redner der Unabhängigen klagte auch über Bespitzelung der Telefongespräche. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu.

Oberschöneweide. Die Gemeindevertretung nahm einmütig einen Antrag an, der den Ausgleich der Steuerbelastung bei niederen und höheren Einkommen vorsieht. Man nahm Stellung zum Regierungsentwurf Groß-Berlin. Gen. Ramstock trat für Ausdehnung der Einheitsgemeinde auf 20 Kilometer und für Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten ein. Die bürgerlichen Redner vertraten gleichfalls den Gedanken der Einheitsgemeinde. Der Sprecher der Unabhängigen wandte sich gegen die Distriktseinteilung, die dem Plan der Gesamtgemeinde zuwiderlaufe. Im übrigen enthalte der Entwurf so viele Punkte zur Kritik, daß er gar nicht wüßte, wo damit anzusetzen sei. Er hütete sich aber, positive Vorschläge zu machen. Die Gemeindevertretung sprach sich einstimmig für den Gedanken der Einheitsgemeinde aus. **Die durch die Schöffenwahl zur absoluten Mehrheit gelangte U. S. P.-Fraktion nutzte bei den Wahlen zu einzelnen Kommissionen ihre numerische Stärke rücksichtslos aus; dieselben Leute, die bei der Schöffenwahl auf das Stärkeverhältnis pochten. So wurde das Mieteinigungsamt vollständig von ihnen besetzt.** Der sozialdemokratische Kandidat, der als Schöffe bislang die ganzen Vorentscheidungen in Mietstreitigkeiten getroffen, wurde niedergestimmt. Unser Antrag, unverzüglich an den Ausbau eines Wohlfahrtsamtes zu gehen, wurde einstimmig dem Gemeindevorstand zur Durchführung überwiesen. Erregte tiefgehende Debatte zeitigte ein Antrag, die Tagegelder des Arbeiter-Rats von 18 auf 23 M. zu erhöhen. Die Bürgerlichen lehnten die Institution der kommunalen Arbeiterräte grundsätzlich ab. Genosse Birnbaum ging auf die Frage Diktatur oder Demokratie ein und verwarf die Diktatur, wie sie von links gewünscht wird. Die bürgerlichen Parteien trügen allerdings ihr gerüttelt Maß Schuld, wenn den Massen der Glaube an die Kraft der Demokratie abhanden gekommen sei und ihr Sehnen zur Rätediktatur neige. Er stellte an einwandfreien Beispielen fest, daß **das Bureau des kommunalen Arbeiterrats eine Agitationszentrale der U. S. P.** sei. Die Regelung der Arbeiterangelegenheiten gehöre nicht zu den Funktionen der kommunalen Arbeiterräte, sondern der Gewerkschaften. Die Kontrolle der Amtsgeschäfte sei ein Unding, nachdem Gemeindevertretung und Gemeindevorstand zu übergroßer Mehrheit aus Sozialdemokraten beständen. Er sprach die feste Zuversicht aus, daß, **nachdem die U. S. P. bei den Gemeindewahlen die Lebensmittelmisere und gewisse Vorkommnisse in der Verteilung weidlich agitatorisch ausgenützt habe und dadurch zu absoluter Mehrheit im Ortsparlament gekommen ist, ihre Schöffen auch die Lebensmitteldezernate übernehmen (was bislang von ihnen aus den verschiedensten Gründen heraus abgelehnt wurde!).** Die S. P. D. stellte den Antrag, den Arbeiterrat als solchen aufzulösen und dafür zwei besoldete Lebensmittelkontrolleure anzustellen (je einen S. P. D. und U. S. P.). Dies wurde abgelehnt; desgleichen der Eventualantrag, neben den zwei besoldeten Unabhängigen einen Mehrheitssozialisten anzustellen. Die Erhöhung der Tagegelder wurde darauf ab 1. Mai angenommen.

Woltersdorf. Ein aufregender Zwischenfall ereignete sich bei dem am vorigen Sonnabend vom Sozialdemokratischen Verein veranstalteten Kinderfest. Nachmittags ½4 Uhr sammelten sich die Kinder auf dem Schulplatz zu einem Zug nach dem Vergnügungslokal. Unter Vorantritt einer Musikkapelle und Tragen einer kleinen roten Fahne setzte sich der Zug, welcher aus zirka 180 Kindern bestand, in Bewegung. Es war erhebend zu sehen, in welcher Freude die Kinder sich bewegten, zumal sie doch in den langen Kriegsjahren von Kinderfesten usw. nichts mehr zu sehen bekommen hatten. Doch es sollte nicht lange dauern und der Zug wurde durch einen aufregenden Zwischenfall gestört. Plötzlich erschien **ein Jäger** des hier einquartierten Lützowschen **Freikorps** mit Stahlhelm und **vorgehaltenem Gewehr** und verlangte die sofortige **Herausgabe der roten Fahne.** Als ihm dies natürlich verweigert wurde, pflanzte er sein **Seitengewehr** auf, **entsicherte das Schloß** und versuchte den Bezirksführer Motel **niederzustechen.** Es entstand eine Panik unter den Kindern und schreiend liefen diese auseinander und davon. Nur mit Mühe konnte sich der Bezirksführer diesen Gesellen vom Halse halten und erst das energische Eingreifen von Passanten befreite ihn. Es dauerte geraume Zeit, ehe sich die geängstigten Kinder wieder zusammenfanden, und dann konnte der Zug unter weiterem Vorantragen der roten Fahne dem Lokal zusteuern. Der Vorstand erhob sofort bei dem ältesten Offizier, da der Kommandeur nicht anwesend war, Beschwerde und verlangte die sofortige Feststellung des rohen Patrons. Letzterer schien sich seiner Tat bewußt geworden zu sein; denn als auf Drängen des Bezirksführers eine Durchsuchung der Quartiere in der Schule vorgenommen wurde, konnte der Täter **nicht gefunden** werden, und bei dem Versammeln der Mannschaft auf dem Schulplatz ebenfalls nicht. Erst als sich zeigte, daß ein Mann fehlte, und bekannt wurde, daß dieser sich noch in den Schulräumen aufhielt, wurde er herausgeholt und sofort einwandfrei wiedererkannt. Es ist dieses der Jäger Johannes Müller, 1. M.-G.-Eskadron, Freikorps Lützow, zurzeit Woltersdorf. Von dem ältesten Offizier wurde die feste Versicherung abgegeben, daß der Mann keinen Befehl hatte, gegen die Kinder vorzugehen, und er die brutale Aktion aus freien Stücken heraus unternommen hatte. Der Vorstand hat eine Beschwerde an den Kommandeur Major von Lützow in Erkner weitergegeben und strenge Bestrafung des rohen Gesellen verlangt.

Pankow. Gemeindevertretung. Infolge des außerordentlich starken Rückganges der Inanspruchnahme der Kriegsküchen und erheblicher Steigerung der Gemeindezuschüsse hat sich die Notwendigkeit der Schließung herausgestellt. Genosse Schöffe Schmidt begründete diese Maßnahme an der Hand eines eingehenden Berichts, aus dem zu ersehen war, daß die Kriegsküchen in der Zeit vom 1. August 1916 bis 31. Juli 1918 einen Zuschuß von rund 339 000 M. erforderten. Von da ab bis zu der am 13. Juli d. J. erfolgten Einstellung des Betriebes hat sich diese Entwicklung noch ganz wesentlich verschlechtert. Zu dieser Anforderung an die öffentlichen Mittel stand der Zweck nicht mehr im Verhältnis, da die Zahl der für diese soziale Einrichtung in erster Linie in Betracht kommenden Essenteilnehmer so minimal geworden war, daß die Aufrechterhaltung nicht mehr zu verantworten war. Die Vertretung stimmte auch einstimmig der Schließung des Kriegsküchenbetriebes zu. — Bei der Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin entschied man sich allseitig für die beabsichtigte Schaffung einer Einheitsgemeinde, wenn auch im einzelnen die Wünsche der einzelnen Parteien auseinandergingen. Gewünscht wurde einmütig die Erweiterung der Abgrenzung des Gebiets von 15 auf 20 Kilometer Radius. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Entwurf zu stark die Interessen Berlins wahrnehme, während die Außenbezirke in ihrem Eigenleben allzu sehr eingeengt würden. Vor allem aber wurde gewünscht, daß die Kompetenzen klar abgegrenzt würden. Auch wären die Distrikte an Zahl zu verringern und an Umfang zu erweitern und die Stärke der Distriktsversammlungen wie auch eventuell die der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats zu erhöhen. — Nach längerer Debatte stimmte die Versammlung dann noch einer Vorlage zu, wonach **Einkommen bis zu 1500 M. von der Gemeindeeinkommensteuer frei bleiben**, die Einkommen bis zu 6500 M. eine solche von 300 Prozent, diejenigen mit höheren Einkommen jedoch neben den 300 Prozent einen 50prozentigen Zuschlag auf die Gesamtgemeindeeinkommensteuer zu zahlen haben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. ¼ Pfund Reis (58).

Mariendorf-Südende. Ausländisches Gefrier-Schweinefleisch (4,75 M. pro Pfd.) oder 500 Gr. Hülsenfrüchte, 50 Gr. Bratfett bis Sonntag. — Bis zum 19. d. M. auf die Nummern 6001—26 115 je ½ Pfd. Salzheringe in den Mariendorfer Geschäften; in Südende auf Nummern 1—4500. — Außerdem in Mariendorf Nr. 9621—14 300, Südende Nr. 201—300 ein weiteres halbes Pfund Heringe. — Diejenigen Einwohner, welche am 23. und 24. 6. aufgerufen waren und die Heringe nicht abgeholt haben, erhalten sie noch jetzt im Gemeindeladen: 28 101—26 100 Abschn. 1, 5001—9620 Abschn. 8 Mariendorf und 2341—4000 Abschn. 1, 1—200 Abschn. 8 Südende.

Britz. Eintragung in die Pferdefleischkundenliste gegen Vorzeigung des Lebensmittelausweises vom 18. bis 24. Juli, 9 bis 2 Uhr. Gleichzeitig Ausgabe der Pferdefleischkarten.

Pankow. 150 Gr. Nährsuppen (44). Als Ersatz für Kartoffeln 500 Gr. Kartoffelscheiben (53).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

9. bis 12. Abt. Das Sommervergnügen der Südost-Abteilungen findet morgen in Treptow, „Viktoriagarten", statt. Die Eintrittskarten vom 18. d. M. haben Gültigkeit.

13. u. 14. Abt. Morgen (Sonntag): Familienausflug nach Hirschgarten. Treffpunkt: nachmittags 2 Uhr im Restaurant zum „Aussichtsturm".

Neukölln. In der stark besuchten Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins am 16. Juli gab Gen. Fiedler den Jahresbericht und Gen. Scholz den Bericht als Kassierer. Beide Berichterstatter konnten das Erstarken und den günstigen Stand der Organisation feststellen. Die Versammlung erteilte dem abtretenden Vorstand die beantragte Entlastung. Die nach lebhafter Aussprache stattfindende Neuwahl des Vorstandes ergab die Wahl von Gen. **Heitmann** zum ersten, Gen. Fritz **Karle** zum zweiten Vorsitzenden, Gen. **Scholz** zum ersten und Gen. **Jacobs** zum zweiten Kassierer, Gen. **Feller** wurde zum ersten und Gen. **Arndt** zum zweiten Schriftführer. Als Beisitzer wurden die Genossen **Tinzmann** und **Meyer** und die Genossinnen **Scholz** und **Grapow**, als Revisoren die Genossen **Alscher, Grubig** und **Plany** gewählt. Die von den Abteilungen vorgeschlagenen Abteilungsleiter wurden bestätigt. Ohne Debatte stimmte die Versammlung dem Antrage des Vorstandes zu, ein eigenes Bureau einzurichten und einen Sekretär anzustellen.

Lichtenberg. Morgen (Sonntag) 4 Uhr: Großes Sommerfest in Schwarz' Sommertheater, Möllendorffstr. 25/26. Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch!

Mariendorf-Südende. Die für Dienstag angesetzte Mitgliederversammlung kann besonderer Umstände halber nicht stattfinden.

Dahlem. Ausflug nach dem Grunewald und Waldfest am Teufelssee, morgen (Sonntag) bei schönem Wetter, sonst am 27. d. M. Abmarsch: 9 und 2 Uhr pünktlich vom Lokal Schilling, Königin-Luise-Straße. Rückkehr bei Dunkelheit mit Lampions und Musik.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk Südost. Nächste Bezirksversammlung Montag 7½ Uhr in Schumachers Festsälen, Stalitzer Straße 126. Mitgliedskarte legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder. — **2. Kunstabend der Genossenschaft sozialistischer Künstler** am 22. Juli, 8 Uhr, im Reform-Gymnasium, Friedenau, Homuthstraße. Alfred Beierle: „Wann stellt Ihr, o Soldaten, die Arbeit endlich ein?" Friedrich Wendel: „Der Sozialismus — Die Renaissance des philosophischen Geistes". Eintritt 1 M. — **Urania.** Sonntag, Montag, Sonnabend und Sonntag wiederum „Die Insel Rügen". Dienstag und Mittwoch „Von der Zugspitze zum Watzmann". Donnerstag und Freitag „Der Vierwaldstättersee". Außerdem Sonnabend und Sonntag, nachmittags 4 Uhr, zu kleinen Preisen „Der Vierwaldstättersee".

Jugendveranstaltungen.

Die zu Montag angesetzte Abteilungsleiterkonferenz findet bereits heute, Sonnabend, statt.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

A. 100. Nach dem Gesetz ist die Gemeinde zum Schadenersatz verpflichtet. Weigert sich dieselbe, so muß Klage gegen sie erhoben werden. Zuständig ist in Ihrem Falle das Amtsgericht Berlin-Mitte. — **C. 20.** Wenden Sie sich beschwerdeführend an d. Kriegsministerium. — **Meister 85.** 1. u. 2. Der Tod Ihrer Stiefmutter hat auf die Erbschaft keinen Einfluß. Sie sind gegenüber Ihrem Vater bei dessen Tode erbberechtigt. Die zweite Forderung scheint verjährt zu sein. 3. Dringen Sie auf eine schriftliche Anerkennung Ihrer Ansprüche. — **C. R. 16.** Sie können ein gemeinschaftliches Testament errichten. Ihrer Erklärung muß die Ihrer Frau eigenhändig angefügt sein. Ein Formular für ein solches Testament finden Sie in fast jeder Bibliothek. — **W. B. 100.** Darüber können wir keine Auskunft geben. — **D. G. 96.** Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

Wetterbericht bis Sonntag mittag. Größtenteils trocken und vielfach heiter bei nordwestlichen Winden, nur im westlichen Küstengebiet stärker bewölkt. In den Mittagsstunden warm.

Nahe **Olivaer Platz** habe ich ein **Eckhaus** mit allem mod. Komfort, 5- u. 6-Zimmerwohnung, nur 15 Mietern, bei einem Mietseingang von über M. 40 000 sehr preiswert f. M. 460 000 zu verkauf. Stempel- u. Umsatzsteuer sind nicht zu zahlen. Näheres durch **Julius M. Bier,** Leipziger Straße 26. Zentrum 12250/53.

15 000 M. 1. Hypothek auf Landhaus gesucht. 100/6 Selbstgeberofferten erbeten. Paetel, Zeesen bei Königswusterhausen.

J. F. Rauch's Alte Weinstuben. Friedrichst. 11, Brunnenst. 174 Große Frankfurter Str. 112.

Kognak Weinbrand wieder da. Zum Verschnitt Zuckergesüßter **Sekt** Vorzügliche Rotweine Alte Bordeaux-Weine

Bettnässen Abhilfe sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. 71/1 MERKUR-VERSAND München 17c, Neureutherstr. 13

Kupferdrähte, Kabeln, Litzen für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrichstraße 34. 9/19* Pfalzb. 4580.

Zigaretten o. M. aus garantiert reinem Tabak noch größerer Posten sehr preiswert abzugeben. Für Grossisten, Händler sowie Restaurateure ganz besonders zu empfehlen. 415D* Zigarettenfabrik Cosatti, Berlin, Neue Königstraße 8 Tel. Alex. 1324. Verkaufszeit 9-12 Uhr vorm. 3-5 Uhr nachm.

Kriegsbeschädigten kann geholfen werden durch meinen anerkannt vorzüglichen Gesichts- und Finger-Ersatz (Nasen, Kinn, Ohren, Wangen). Verlangen Sie kostenlos illustrierten Katalog. Max Schwarzlose, Berlin C 2, Königstr. 46. Zentrum 5368.

Spezialarzt Dr. Haedicke Friedrichstr. 187/88 (an der Mohrenstraße). Sprechzeit: 11—1, 3—7. 72L* Sonntags: 11—1

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Auskunft umsonst bei **Schwerhörigkeit** Ohrger., nerv. Ohrschmerz über unt. tausendf. bewährt. patentamtl. gesch. Hörtrommeln. Bequ. u. unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkenn. Gebühr Sanis-Versand München. 827b

Konzertpiano vornehmster Ausführ., Friedensware, tadellos erhalten, für den bill. Preis von 2600 M. zu verk. Heil, Schöneberg, Nymphenburger Str. 7, III r.

Linksrheinische Fabrik m. gr. Dampfkessel, Dampfkoch-Kesseln, Bottichen, Waschmaschinen, Centrifugen, Trockenanlage, gr. Packpresse, 250 PS elektr. Kraft, gr. Lagerräumen und Bahnanschluß sucht Beschäftigung. Dieselbe übern. auch Lagerung verb. m. kommissionsw. Verkauf von Rohstoffen und Fabrikaten jeglicher Art. Anfragen unt. U. 29 an die Expedition dieses Blattes.

Hautjucken! bes. in d. Bettwärme zu lästig. Kratzen reizend, rote Punkte, kl. wässerige Bläschen, Krätze heilt völlig Apoth. Schanz Hautausschlagsalbe. 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erforderl.) 6 M. Glänz. Heilberichte. Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Einsiedel bei Chemnitz i. Sa. 37. 36/17*

Wichtig für jede Frau! Verlangen Sie kostenlos Zusendung der Broschüre „Zur Aufklärung für verheiratete Frauen" in verschlossenem Umschlag von E. Schneider, Frankfurt a. M. 7 Gartenstraße 85. 1879*

Platin Gramm bis 30 Mark kauft Metallkontor, Alte Jakobstr. 138, E. Hollmann.

Sie finden **Möbel** sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen, farbige Küchen usw. gegen bar wie bekannt gut, dauerhaft und preiswert bei Carl **Barthel,** Zorndorfer Straße 54. Teilzahlung gestattet. Gegründet 1870

Mandoline, Laute, Gitarre, Wandermandol. 45.—, erstkl. 85.—, Konzertlaute 125.—, 145.— (Unterricht 8.— Monatshonorar, eventl. 10 stdg. Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 125.—. Konzertgeige 65.—. Ernst, Oranienstraße 166 III.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Klavier evtl. Flügel u. Harmonium kauft Schachtschneider, Buckower Straße 14, III, (Preisangabe).

Alt-Gold kauft Sichermann, Pforzheim, Nagoldstr. 18. 401D*

Juckkrätze verschwindet in wenig. Tagen d. Reichels Krätzebalsam, der auch in den hartnäckigst. Fällen vollkommen sicher wirkt. Fl. 4,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Parteisekretär für den Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Haynau wird zum baldigen Antritt gesucht. 265/20 Rednerische und organisatorische Begabung Haupterfordernis. Anfangsgehalt 5000 M. Bewerbungen bis Anfang August sind zu richten an Paul Knauerhase, Liegnitz, Jauerstr. 102.

Tüchtiger, erfahrener **Arbeitersekretär** aus Großstadt (S. P. D.) sucht sich zu verändern. Eintritt könnte baldigst erfolgen, doch ist unbedingte Voraussetzung, daß Suchendem Wohnung bis spätestens 1. Oktober beschafft werden könnte. Gefl. Angebote unter Z. 29 Hauptexpedition des „Vorwärts". 265/17

Für ein neugegründetes Parteiblatt in Emden in Ostfriesland wird mit Antritt zum 1. August d. J. ein **erster politischer Redakteur** gesucht. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, welche in der allgemeinen sowie in der Kommunalpolitik durchaus erfahren ist. 265/10* Anstellung nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse". Bewerbungen an das Bezirksparteisekretariat Rüstringen, Peterstr. 76.

Für die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Hamm a. d. Sieg und Wissen a. d. Sieg wird zum sofortigen Antritt ein **Geschäftsführer** gesucht, welcher hauptsächlich in der Agitation bewandert ist. Gehalt nach Uebereinkunft. Bewerbungen an Paul Eitelberg, Hamm a. d. Sieg (Rheinland). 128/6*

Provinzzeitung mit sozialistischer Tendenz sucht per sofort verantwortlichen 265/18 **Schriftleiter** in angenehme Position. Selbiger muß einen flotten Stil haben und in der Lage sein, eine Zeitung auf die Höhe zu bringen. Stenographie Bedingung. Offerten mit Gehaltsforderung und kurzer Tätigkeitsschilderung der letzten Jahre bitten wir an die Geschäftsstelle der „Memeler Volksstimme" zu senden.

Für den Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei für Schleswig-Holstein mit dem Sitze in Kiel werden zum Antritt am 1. Oktober 1919 gesucht: **ein Parteisekretär** als Geschäftsführer. Organisatorische und rednerische Befähigung unbedingt erforderlich; **ein Bezirkskassierer,** der mit den Kassen- und Organisationsgeschäften vollständig vertraut ist; **ein Sekretär für Bildungsarbeit und Jugendorganisation.** Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 1. August zu richten an das Bezirks-Parteisekretariat in Altona, Blücherstr. 28. 265/19*

Ein Werkstättenmonteur, der im besonderen mit Wickeln von Transformatoren vertraut und sonst guter Mechaniker ist, wird sofort gesucht. Monteure mit längerer Werkstättenpraxis wollen ihre Angebote mit Lohnansprüchen an die Ueberlandzentrale Anhalt, Dessau, Elisabethstraße 4, richten. 4193

Tüchtige Werkzeugschlosser, Werkzeugdreher u. Lehrenbauer nach Magdeburg gesucht. Offerten unter W. 29 a. d. Expedition dies. Zeitung.

Wir suchen sofort für Groß-Berlin 11/11 **25000 Mitarbeiter** (ständige Kinobesucher). Schriftl. Angebote mit Rückporto an die „Filmschau", Berlin W 57.

Junge für Botengänge event. Schuljunge gesucht. Olm, Schöneberg, Tauentzienstr. 27. 4193

Tüchtige **Werkzeugmacher** bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Angebote an Aktiengesellschaft Hahn für Optik u. Mechanik, Ihringshausen bei Kassel. 4063*

Redegewandte Herren und Damen, auch Invaliden, überall gesucht, zum Vertrieb eines tägl. Gebrauchsartikels, bei hohem Verdienst. Warenmuster A 4 gegen 1 Mark, auch in Briefmarken. P. Krüger, Berlin NW 21, Schließfach 14. Postscheckkonto Nr. 44708.

Für unser Putzatelier suchen wir zum baldigen eventuell späteren Eintritt noch mehrere erste Kräfte und zwar **Putz-Garniererinnen Putz-Zuarbeiterinnen** bei hohem Gehalt und dauernder Stellung. Offerten schriftlich oder mündlich erbeten. 71/6 **Mertes & Co.,** Lindenstr. 85.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Täglich 8 Uhr:
Der heilige Florian.

Deutsches Theater.
7½ Uhr:
Auch ich war ein Jüngling ...
(Schwank).

Kammerspiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib u. der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Ida Werber und Hans Wassmann in **Die Geisha.**

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
½8 Uhr: **Der Häuptling.**

Komödienhaus
Lustspiel von Lucie Heilich
i: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater
½8 Uhr: **Die tolle Komteß.**

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 189. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Int. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2391
Tägl. 8 U. Heute u. 314. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ U. **Der Bias**

Kleines Theater.
7½ Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7¼ Uhr: **So ein Mädel.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 20: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus.
7¼ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Weinende Erben.**
Oper. in 3 Akt. v. R. Danziger.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7¼ U.: **Jungfer Sonnenschein**

Th. am Nollendorfplatz
8¼ Uhr: **Die geldene Eva.**

7½ Uhr: **Die Puppe.**

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polizeiskandal.

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Das Gesetz.**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die Frau des Debutanten.

Rose-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit
7½ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

National-Theater
8 Uhr Stürm. Erfolg 8 Uhr
Familie Hannemann.

Lutzen-Theater.
7½: **Wenn Frauen lieben**
Sonntg. 3: einmal. Aufführung
Der Hüttenbesitzer.
Täglich abends 7½:
Wenn Frauen lieben.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ Sonntag 3½ und 7¾
Letzter Gastspiel-Monat
der Gesellschaft
Anton
Herrnfeld
mit der neuesten
Schlager-Burleske
Nur nicht schießen
Vork. Spezialitäten!
Sonnt. 3½ jd. Erwachs.
1 Kind frei!

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Blüthgen-Konzert.

Reichshall.-Theater
Gastspiel d. berühmten
Dresdener
Victoria-Sängr.
Völlig neues
Programm.
1. 6. Wiederauftreten d. Stettiner Sänger.

Lessing-Theater
Sommerspielz.: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: **Charleys Tante.**

Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr:
Zum 50. Male
Max Adalbert
in
Die Rutschbahn.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner Prater
7½ Kastanienallee 7½.
¾8: **Neplans Bummelfahrt.**
Gr. Operetten-Posse in 3 Akten.
In der Zauber-Diele täglich: **Ball.**
Varieté Anfang 4½ Uhr.

Admirals-Palast.
Internation. Ringkämpfe
um den Preis der
Deutschen Republik.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.
Wenn Freunde zu Rivalen werden.
Der Weiberfeind.

Voigt-Theater
Badstraße 58. 7½ Uhr:
Die Förster-Christl.
Vorher:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 3 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Jed. Mittw., Sdb., Sonnt.: **Ball.**

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Fritz Berger und
Minna Reverelly
im Duett
Dr. Allos
Paul Coradini
Ernst Wartitz
Eva Wartitz
Cont.: Willi Horwitz
Am Flügel: Sawade

METROPOL KABARETT
BEHRENSTR. 54

DICHTER SCHLACHT
Steinitz gegen Förster

Vergnügungspalast
Schloßbr. Schöneberg
Hauptstr. 122/123.
Fortsetzung des Entscheidungskampfes
Viktor Scholz-Brandenburg gegen
Bartkowiak - Polen
Dieser Kampf mußte nach 1 St. 35 Min. wegen Eintritts der Polizeistunde abgebrochen werden.
Nachdem ringen:
Bambula - Amerika
gegen Jakson-Australien
Gebhard - Kraköln
gegen Winter - Wien
Radtke - Charlottenburg
gegen Wolf - Budapest

Möbel Beiser,
Lothringer Straße 67
liefert gegen bar und Teilzahlung zu mäßigen Preisen
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer,
Schlafzimmer,
Speisezimmer,
Herrenzimmer
in großer Auswahl.

Beluftigungsrad
in vollem Betrieb mit Platzkontrakt bis 1. 4. 20. Monatliche Einnahme über 12 000 M., sofortzugehalter f. d. bill. Preis von 25 000 M. sofort zu verkaufen.
Ernst Holzmüller,
Friedenau, Hedwigstr. 14.

Zigarren Kistenweise,
Stumpen nirgends billiger als bei Sander, Neue Königstr. 33.

13. und 14. Abteilung.

Der wegen der ungünstigen Witterung am letzten Sonntag nicht stattgefundene 200.9*

Familien-Ausflug

nach Hirschgarten

findet am **Sonntag, den 20. Juli 1919,** statt. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Zum Aussichtsturm" daselbst.

Nur noch kurze Zeit

Täglich abends 7½ Uhr
Sonntag nachmittags 3 Uhr

Der Bias

Im II. Akt **Varieté-Programm**
Stürmischer Heiterkeitserfolg.

11/17

Friedrich-Wilhelmstädt.-Theater.

Unterhaltungs-Restaurant

Wien-Berlin

Jägerstr. 63a.

Hugo Just
Franz Jungmann
? Vettori ?

Martin Löwe
Georg Gau

Kapelle Gustav Gottschalk
Gute Küche — Gute Weine.
Anfang 7 Uhr **Eintritt frei.**

Tonndorf

Berlin NW, Unter den Linden 56
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!
Kaffee-Diele / Bar
abends erstrangiger Restaurationsbetrieb
Nachmittag- u. Abend-Konzerte
Kapellen: Uschmann und Willy Reuter
Sehenswerter idyllischer Sommergarten
Arrangeur: Bimen-Schmidt-Berlin
Geschäftsleitung: Tonndorf-Betriebe
Ed. Arno Tonndorf

Von der **Oberbaumbrücke-Falckensteinstr.** tägl. Dampferfahrten außer Sonnabends nach **Woltersdorfer Schleuse und Neu-Heringsdorf.**
Abf. Sonnt. 8 U. vorm. und 2¼ U. nachm. Wochentags nur 9 Uhr vorm. **Außerdem nach den Havelstationen über Pfaueninsel, Potsdam jeden Dienstag nach Ferch. Mittwochs Glindower Alpen. Donnerstags Nedlitz u. Crampnitz.** Abf. 8¼ Uhr Reichstagsufer, Bahnhof Friedrichstraße. 9 Uhr: Charlottenburg-Tegelerweg nahe Bahnhof Jungfernheide. 4290
Reederei KIECK, Berlin. — Telephon Moritzplatz 8197.

Reederei Kahnt & Hertzer. Fernspr. Ro. 2062.
Dampfer-Extrafahrten ab **Waisenbrücke.**
Jeden Mittwoch und Sonntag } 8 Uhr: **Teupitz** (Tornowa Idyll)
Jeden Sonntag { 8½ und 2 Uhr: **Krampenburg** 4190
Werkt. auf. Sonnabend } 2 Uhr: **Krampenbg. Neue Mühle**

Deutschlands Endsieg im Kampfe d. Geister!
Deutsche Erlösung und Wiedergeburt!

Mitte Juli d. J. erschien
das Standardwerk der geistigen Weltrevolution
Ellegaard Ellerbeks
neuesten zweibändiges Werk
Sönne Sonnings Söhne auf Sonnensee.
Ein Roman, mit drei Gesichtern, in einer Vorschau und sieben Büchern.

In wunderbarer Sprache und packender Form stellt das Werk die **furchtbarste Abrechnung** dar mit allem kapitalistischen, Wucher- und Raubtiergeist, mit allem Faulen und Kranken, Untergangswürdigen und Vernichtungswerten, die je geschrieben wurde.

Ohne jede Hülle und Maske, erbarmungslos wahr und offen nach allen Seiten.

Der Roman erscheint in 12 Lieferungen zu M. 1.—, alle 14 Tage ein Heft.
Gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Widar-Verlag,
Berlin W 8, Charlottenstr. 66.
Postscheckkonto Nr. 62 330 Berlin NW 7. 110/5*

Schreibmaschinenzentrale
stets neueste Modelle am Lager.
Rep.-Werkstatt f. sämtl. Systeme. [*
Farbbänder **Vervielfältigungsapparate** Kohlepapier
Einkauf Wachspapier Verkauf
Bureaumöbel
C 2, Burgstr. 29 Leichnitz & Lichtenberg Tel.: Nd. 12 495.

Georg Müller Verlag München

gegen

Oesterheld & Co. Verlag Berlin

In Sachen

der Firma Kommanditgesellschaft **Georg Müller Verlag München,** Elisabethstr. 26, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter Siegfried Neuhöfer daselbst, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Wenzel Goldbaum, Berlin W 60, Wilhelmstr. 52, gegen 1. die offene Handelsgesellschaft **Oesterheld & Co., Berlin,** Lietzenburger Str. 68; 2. deren Inhaber: Siegbert Cohn, Erich Oesterheld daselbst, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Walter Simon, Charlottenburg, Kantstr. 130, hat die 9. Zivilkammer des Landgerichts III Berlin auf die Verhandlung vom 3. Juli 1919 am 7. Juli 1919 in Gegenwart 1. des Landgerichtsdirektors Geh. Justizrats Dr. Kobel, 2. des Landgerichtsrats Körner, 3. des Gerichtsassessors Cohn als beisitzende Richter, des Referendars Bach als Gerichtsschreibers folgende Urteilsformel verkündet:

Für Recht erkannt:

I. Durch einstweilige Verfügung wird angeordnet: 1. Bis zur rechtskräftigen Entscheidung eines von der Antragstellerin gegen die Antragsgegner anzustrengenden Rechtsstreites wegen Urheberverletzung wird den Beklagten unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten wegen einer jeden Zuwiderhandlung

verboten, die von ihnen angekündigte Uebersetzung der von August Strindberg verfaßten Werke

„Der Vater", „Fräulein Julie", „Gläubiger", „Das Band", „Nach Damaskus" II, III, „Advent", „Rausch", „Totentanz", „Kronbraut", „Wetterleuchten", „Scheiterhaufen", „Gespenstersonate", „Die große Landstraße", „Fröhliche Weihnacht", „Die Hemsöer", „Schwanenweiß", „Traumspiel", „Carl XII", „Der Pelikan"

zu vervielfältigen, zu veröffentlichen, gewerbsmäßig zu verbreiten und anzukündigen.

2. Die Beklagten haben die in ihrem Eigentum befindlichen Exemplare der zu 1. genannten Uebersetzung an einen von der Klägerin zu benennenden Gerichtsvollzieher zur vorläufigen Verwahrung herauszugeben.

II. Die Kosten des Rechtsstreites fallen der Beklagten zur Last.

gez. Kobel. Bach. 11/13

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.

Bisher abgeschlossene Versicherungen:
2 Milliarden 430 Millionen Mark.
Die beträchtlichen Ueberschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.
Neue vorteilhafte Versicherungsformen, insbesondere
Invaliditätsversicherung,
Gewährung der Versicherungssummen in **Renten** und die
Mitversicherung ergänzender Witwenrente
ermöglichen denkbar vollkommenste Fürsorge.
Auskunft durch die Bank oder ihre Vertreter an allen großen und mittleren Plätzen. 181Z*

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise. Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche.
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz). (9—7) Glänz. Erfolge Beobachtg. Sonnt. 10—12.

Geöffnet von 8—6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!

Speisezimmer		Herrenzimmer
1 Büfett	Eiche	1 Bibliothek
1 Kredenz	„	1 Schreibtisch
1 Ausziehtisch	„	1 runder Tisch
6 Stühle	„	1 Schreibsessel
		2 Stühle
Mark: 2850, 3750, 4500 etc.		Mark: 2450, 3650, 4875 etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Steilige Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung
von ca. **300**
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen in einfacher, mittlerer und elegantester Art
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Wir liefern sofort
Sprechapparate
5 Tage zur Probe
und auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie von der
MIRA
Berlin, Alexandrinenstr. 37
sofort u. gratis die illustrierte Broschüre № 1277

Lebensmittel!

Sofort lieferbar!
Versand an Jedermann!

Ia. Kaffee gebrannt garant. reinschmeckend Pfd. **13.50**
Ia. Kaffee roh garantiert reinschmeckend Pfd. **11.50**
Ceylon-Tee Ia. Qualität Pfd. **17.—**
Ia. Kakao garantiert rein Pfd. **15.50**
Schokolade (franz.) ½ Pfd.-Tafeln, garant. rein Kakao und Zucker Pfd. **15.—**
Ia. Schokolade (amerik.) ½ Pfd.-Tafeln, garant. rein Kakao u. Zucker Pfd. **16.—**
Ia. Marseiller Kernseife trockene Ware per Stück zirka 500 Gramm **6.50**
Echte Sunlightseife abgelagert, Doppelstück zirka 330 Gramm pr. Paket **5.60**
Toiletteseife feinst. Fabrikat. pr. Stck. von **2.—** bis **6.—**
Echte Remy's Reisstärke nur in 5 Pfd.-Kartons per Pfd. **14.50**

Versand in sortierten Paketen nicht unter 5 kg gegen Nachnahme. Porto und Verpackg. (Selbstkostenpreis) zu Lasten des Bestellers. 185/1
Feinkostversandhaus
August Wimschulte
Wiesbaden
Gegründet 1904.

Reklame Drucksachen
Buchdruckerei Rund
Palisadenstr. 103
Anfertigung sämtl. Drucksachen

MULCUTO EXTRA!

D. R. W.-Z. Nr. 128 078
Der beste
Rasier-Apparat
der Welt.

Der neue elektromagnetische handhohlgeschl. Rasier-Apparat spart viel Zeit und Geld!
Tausende Anerkennungen!
Die Klingen haben von Kriegsbeginn an bis jetzt benutzt werden können. Ein sehr gut. Ergebnis. Scholz, Gen.-Major Kdr. 32. Res.-I.-Brig. 15. Res.-Div.
1915 bezog ich ein Mulcuto-Extra mit 1 Klinge. Ich habe mich während der 3 Jahre im Felde mit dieser einen Klinge rasiert, ohne daß dieselbe bis jetzt an Schärfe verloren hat.
Kerb, Zahlmeister, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Straße 21.

Bei Verwendung dieses handhohlgeschliffenen, stets gebrauchsfertigen Apparat, mit unbegrenzter Garantie ist jede
Quälerei mit stumpfen oder kratzenden Klingen ausgeschlossen!
Versilb. Apparat mit Halter z. Schärfen in Etui Nr. 1 M. 10.
Versilb. Apparat mit Halter zum Schärfen echter Lederstreichriemen in Etui Nr. 61 und Rasierseife M. 20.—.
Vollst. Rasierzeug: Apparat m. Halter z. Schärfen, Seife, Schale, Pinsel und Riemen in Etui Nr. 201 M. 30.—.
Unbegrenzt. Garantieschein bei jedem Apparat.
Versand täglich durch die bedeutendste Spezialfabrik für handhohlgeschliffene garantiert. Rasier-Apparate
„MULCUTO" Rasiermesser-Fabrik SOLINGEN.
Gesenkschmiede und Hohlschleiferei.
Wiederverkäufer gesucht.

Nur für Wiederverkäufer!
Feuerzeuge, Gasanzünder und Ersatz-Zündsteine fast aller Sorten. 12 verschied. Feuerzeuge, nur gangbare Muster, M. 19,25 franko Nachn. freibl. Fordern Sie Preisliste, auch üb. Zigaretten-Etuis, Taschenlampen, Rasier-Apparate usw.

Johann Lichtenfeld, Hamburg 100
Speersort 6. (Gegründet 1901.)
Leipziger Messe, Dresdner Hof II 154.

Flechten Wunden
offene Füße, Krampfadern, Leiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschend Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe". Preis 2,00 und 3,75 M.: erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apparatheke, Königgrätzer Str., und Simons-Apotheke, Kronen-, Victoriastr. und in der Minerva-Apotheke, Charlottenburg. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt b. Tutogen-Laboratorium, Schlickehmen-Rominten 5